

# Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: **E. Fr. Reinhardt**, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: **H. Stubbe**, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate  
für die viergespaltene Beischrift oder deren Raum 40 M.,  
Bergigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 M.,  
Versammlungsanzeigen 10 M. Beilagen nach Uebereinkunft.

**Ehrenpflicht der Kollegen ist es, den Bezug streng fernzuhalten nach Bremen, Lehe, Geestemünde und Berlin, woselbst unsere Kollegen ausgesperrt sind.**

## Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bzw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

### Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

**Berlin. (Telegr.)** Bezug von Tischlern und Klavierarbeitern nach Berlin streng fernzuhalten. Differenzen sind ausgebrochen.

**Halle a. d. S. (Telegr.)** Wegen Tarifbruch Differenzen ausgebrochen. Bezug streng fernhalten.

Zugung ist fernzuhalten von:

**Tischlern** nach Niederbühl (Hörsch und Hoffmann),  
**Halle a. d. S.,** Treuenbrietzen (Otto Grebe und Kropf),  
**Schwiebus, Colmar, Elßaß, Rauenborn** bei Altenburg S.-A. (Waufabrik von Friedrich & Brunner),  
**Frankenthal (Hörsch), Ober-Schöne-weide** (Wöllgers Akkumulatorenfabrik),  
**Burg b. Magdeburg** (Spiegelabrik Rmann),  
**Wien, Bage** (Möbel-fabrik H. Nitzsch),  
**Perleberg** (Th. Heinrichs),  
**Edlin** (Waggonfabrik);

**Kameratenschilern** nach Heilbronn-Sonthelm;  
**Stellmachern** und **Tischlern** nach Breslau (Waggonfabrik Linke);

**Tischlern, Drechslern, Polsterern** und **Maschinenarbeitern** nach Warth a. d. Oise, Ablershof (Lutz);  
**Tischlern** und **Maschinenarbeitern** nach Eßpenid (Gebr. Arliger & Co.);

**Tischlern, Polsterern** und **Maschinenarbeitern** nach Lundenwalde, Pasing (Leistenfabrik);

**Modellschilern** nach Düsseldorf (Haberlang & Jansen);

**Politurarbeitern** nach Amberg (Sporn & Delmer);

**Korbmachern** nach Merseburg (Sontag);

**Harmoniumarbeitern** nach Leipzig-Kleinwachser (Gosberg);

**Orgelbauern** und **Klavierarbeitern** nach Berlin (Piano-fabrik von Gash, Frankfurter Allee 117 a);

**Musikinstrumentenarbeitern** nach Berlin;

**Holzhammerarbeitern** nach Grossen a. d. Oder (Möbelfabrik G. Zimmerman);

**Barkefleger** nach Edlin, Düsseldorf (Kohmann & Co.);

**Billardqueumachern** nach Weikensee bei Berlin;

**Stockerarbeitern** nach Düsseldorf (Meuter).

### Die Wahl der Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden.

In nächster Zeit vollzieht sich ganz unmerklich, fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit, eine höchst wichtige Wahl im Rahmen unserer Versicherungsgesetze. Am Schluß des Jahres ist die fünfjährige Wahlperiode der Weisiger zu den unteren Verwaltungsbehörden abgelaufen, und erfolgen nunmehr die Neuwahlen.

Die Weisiger zu den unteren Verwaltungsbehörden werden zu gleichen Teilen aus dem Kreise der Arbeiter und Unternehmer gewählt. Die Funktionen dieser Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden sind für die Arbeiter von nicht unerheblicher Bedeutung. Die untere Verwaltungsbehörde bildet in dem Verfahren zur Erlangung einer Invaliden- oder Altersrente die erste vorbereitende Instanz, sie hat die Anträge auf Bewilligung einer Invaliden- oder Altersrente entgegenzunehmen, Anträge auf Rentenbewilligung oder Entziehung der Invalidenrente zu begutachten und zu prüfen. In allen diesen Fällen sind die Weisiger zur unteren Verwaltungsbehörde heranzuziehen, üben also einen Einfluß auf die Begutachtung solcher Rentenansprüche aus.

Es bedarf keines Hinweises, wie wichtig gerade diese Funktion bei der Rentensatzsetzung für die versicherten Arbeiter ist.

Die Bedeutung der Wahlen tritt aber noch mehr in den Vordergrund, wenn wir berücksichtigen, daß die Weisiger bei den unteren Verwaltungsbehörden den Wahlkörper für die Wahlen der Vertreter zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalt bilden. Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt wählt sodann die Vertreter zum Vorstand der Landesversicherungsanstalt, die Weisiger zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, sowie die Arbeitervertreter, die von den Berufsgenossenschaften bei Erlass der Unfallverhütungsvorschriften hinzugezogen werden; und endlich wählen die Weisiger der Schiedsgerichte die nichtständigen Mitglieder zu den Landesversicherungsamtern und dem Reichsversicherungsamte.

Diese Wahlen vollziehen sich so, daß in allen diesen Körperchaften die Vertreter der Unternehmer auf der einen Seite, die Vertreter der Arbeiter auf der anderen Seite einen geschlossenen Wahlkörper bilden, der je für sich seine eigene Vertretung bestimmt.

Es erhellt aus dem Dargelegten, daß die Arbeitervertretung einen Einfluß auf die Rentensatzsetzung, die Rentenaufhebung, die Rechtsprechung und auch auf die Regelung zahlreicher wichtiger innerer Verwaltungsangelegenheiten der Versicherungsanstalten auszuüben vermag.

Es kommen bei diesen Wahlen 1406 untere Verwaltungsbezirke in Betracht, die nach dem Gesetz in der Regel je vier Weisiger aus den Kreisen der Unternehmer und der Arbeiter erhalten sollen, darüber hinaus hat die Versicherungsanstalt die Zahl der Weisiger zu bestimmen. Nach der letzten Bekanntmachung waren bei den unteren Verwaltungsbehörden 12380 Weisiger, mithin 6190 Arbeiterweisiger zu den unteren Verwaltungsbehörden berufen.

Die Wahl der Weisiger vollzieht sich nun in einem sehr komplizierten und sonderbaren Verfahren. Das Wahlrecht üben die Vorstände der Krankenkassen aus, und zwar ist hierbei folgendes zu beachten:

Die Weisiger zu den unteren Verwaltungsbehörden werden von den Vorständen der im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungskrankenkassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen und anderen zur Wahrung der Interessen der Seeleute bestimmten obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen der Seeleute, sowie von Vorständen der freien Hilfskassen gewählt, welche die Rechte aus § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes besitzen (es scheiden also sogenannte Zusatzkassen aus). Das Recht haben aber auch nur die freien Hilfskassen, die ihren Ausbreitungsbezirk nicht über den der unteren Verwaltungsbehörde ausdehnen. Es sind also mithin nur die Vorstände der lokalen freien Hilfskassen, nicht die zentralisierten Hilfskassen wahlberechtigt.

Sodann erhalten die Vertreter der Kommunalverbände (sowie die Vertretungen der Gemeindekrankenversicherung\*) ein Wahlrecht, das sich bestimmt nach der Zahl der Arbeiter,

\*) Die Beteiligung an der Wahl ist übertragen in:  
**Bayern:** Verordnung vom 14. Dezember 1899 § 8: den Magistraten der unmittelbaren Städte und den Distriktsräten, bei der ersten Wahl den Distriktsausschüssen.  
**Preußen:** Bekanntmachung vom 24. August 1899 Ziffer 7: den Kreis-Ausschüssen, in Stadtkreisen den Magistraten. (Als weitere Kommunalverbände gelten hier die Kreise und im Hohenzollern die Oberamtsbezirke.)

**Württemberg:** Verfügung des Ministers des Innern vom 25. November 1899 § 14 (Reg.-Bl. S. 1043): den Verwaltungen der Gemeinde-Krankenversicherungen und Krankenpflege-Versicherungen.

keiner Krankenkasse angehören, aber versicherungspflichtig nach dem Invalidenversicherungsgesetz sind.

Das Stimmenverhältnis bei der Wahl wird entsprechend der Mitgliederzahl der Krankenkasse, für die der Vorstand wählt, berechnet.

Die Leitung der Wahl liegt der unteren Verwaltungsbehörde ob, in der Regel in den Landgemeinden dem Landrat, in größeren Städten, die einen eigenen Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde bilden, der Gemeindebehörde. Nachdem die Verwaltungsbehörde an die Krankenkassenvorstände die nötige Anordnung erlassen hat (Aufforderung zur Wahl, Beigabe der Stimmzettel), hat der Vorsitzende der Krankenkasse den Vorstand zusammenzuberufen und im gesonderten Wahlgang für die Unternehmer und die Arbeiter die Wahlen vorzunehmen. Gewählt gilt vom Vorstand der Krankenkasse derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereint; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Um nun unnötige Zersplitterungen bei der Wahl zu vermeiden, wird es notwendig sein, daß sich die Gewerkschaften oder Gewerkschaftskartelle im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde mit den Vorständen der Krankenkassen über die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten verständigen.

Das Zentralarbeitersekretariat hat bereits vor Monaten die Anregung zu den Vorbereitungen für diese Wahl durch Zirkular an die Gewerkschaftskartelle gegeben, und es darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß nunmehr die Vorbereitungen beendet, die Aufstellung der Kandidaten vollzogen ist.

Wemerkten wollen wir, daß es auch nicht aussichtslos erscheint, in einigen Bezirken für die Wahl der Unternehmervertreter Vorbereitungen zu treffen, da in einer Anzahl von Krankenkassenvorständen sozialpolitisch wohlwollende Unternehmer vertreten sind.

Was die Wählbarkeit der Vertreter anbetrifft, so bestimmt darüber das Gesetz, daß die Hälfte der Arbeitervertreter am Sitz der unteren Verwaltungsbehörde oder nicht in einer Entfernung über 10 Kilometer wohnen dürfen. Es kommt also nicht die Arbeitsstätte des aufzustellenden Kandidaten in Betracht, sondern der Wohnort. Es kann dabei eintreten, daß jemand zu einer Versicherungsanstalt Beiträge leistet, für die er in dem Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht gewählt werden kann, weil er nicht dort wohnt. Die Kandidaten dürfen nicht dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt oder einem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung angehören.

Wählbar sind nur deutsche, männliche über 21 Jahre alte Personen; nicht wählbar, welche zum Amt eines Schöffen unfähig sind, d. h. welche durch strafrechtliche Verurteilung die Befähigung zu diesem Amt verloren, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, oder welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

**Hessen:** Ausführungsverordnung vom 18. Oktober 1899 § 8: den Bürgermeistern und Kreisräten.  
**Oldenburg:** Verordnung vom 14. November 1899 § 1: den Amtsräten (Fürstentum Lüneburg: der Regierung für den Landarmenverband, Fürstentum Birkenfeld: den Bürgermeisterräten, nach Verordnung vom 15. November 1899.)  
**Braunschweig:** dem Magistrat Braunschweig, den Kreis-Ausschüssen.  
**Sachsen:** den Bezirks-Verwaltungsbehörden.  
**Schwarzburg-Sondershausen:** den Bezirks-Ausschüssen.  
**Sachsen-Weimar-Eisenach:** den Amtsgemeinderäten, Magistraten.

Was den Wahltermin anbetrifft, so ist dieser kein einheitlicher für das Reich. Die Wahlverordnungen für Preußen und für den Bezirk der hanseatischen Versicherungsanstalt Lübeck bestimmen, daß die Wahl vom 1. Oktober bis 16. November stattfinden hat. In Baden finden die Wahlen im Monat Dezember statt; im Großherzogtum Hessen beginnen die Wahlen am 1. November d. J. Die übrigen Bundesstaaten haben keinen bestimmten Termin in ihrer Wahlverordnung festgesetzt, wahrscheinlich wird der Wahltermin hier durch die amtlichen Publikationsorgane noch bekannt gegeben; sicher ist, daß er im letzten Vierteljahre angesetzt wird. Zu beachten ist, daß die Wahlen nicht an einem Tage stattfinden, sondern sich über einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen ausdehnen.

Wir möchten nun nochmals an unsere Organisationen das dringende Ersuchen richten, da, wo die Vorbereitungen noch nicht erledigt sind, mit allem Eifer an die Erfüllung dieser so wichtigen Aufgabe heranzugehen. Unsere Arbeiterorganisationen haben die Verpflichtung, alles daran zu setzen, um eine Arbeitervertretung zu schaffen, die den inaktiven und hilfsbedürftigen Arbeitern helfend zur Seite steht.

**Das Zentralarbeitersekretariat.**

**Der Parteitag in Bremen.**

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei, der vom 17. bis 24. September in Bremen stattfand, hat einen über Erwarten großartigen Verlauf genommen. Wir können über die Verhandlungen, so sehr sie das Interesse unserer Leser in Anspruch nehmen dürften, natürlich nur summarisch berichten, und auch das nur, soweit gewerkschaftliche Fragen berührt worden sind. In erster Linie nehmen da die Debatten zu dem Punkt **Maifeier** unser besonderes Interesse in Anspruch.

Bereits auf dem internationalen Kongress in Amsterdam ist die Tendenz einiger Gewerkschaftsführer zu Tage getreten, der Maifeier den demonstrativen Charakter zu nehmen. Man handelt da anscheinend nach einem festen Plan, dessen Motto lautet: Beharrlichkeit führt zum Ziele. Zuerst wurde auf dem Gewerkschaftskongress in Stuttgart der Versuch gemacht, die Maifeier einzuschränken. Die große Mehrheit der Delegierten zeigte für diese Bestrebungen aber wenig Verständnis, so daß jede der Maifeier gegnerische Beschlußfassung unterblieb. Schließlich hat sich wieder im Herbst vorigen Jahres eine Konferenz der Vorstände der Zentralverbände mit dieser Frage beschäftigt und beschlossen, darauf hinzuwirken, daß die Maifeier zukünftig auf den Abend verlegt werden und daß jede Demonstration durch Arbeitsruhe unterbleiben soll. Begründet wurde diese Stellungnahme damit, daß der Maifeier bisher jeder einheitliche Charakter gefehlt habe, daß sie immer mehr an Bedeutung verliere und daß namentlich bei der Durchführung der Arbeitsruhe den Gewerkschaften geradezu unerträgliche Opfer auferlegt wurden. Das könnten die Gewerkschaften nicht verantworten, und das um so weniger, als diese Konsequenzen aus Beschlüssen resultierten, an denen sie selbst nicht mitgewirkt, und als die Erfolge der Maifeier gleich Null seien.

Um das Letztere vorweg zu nehmen, so handelt es sich einfach um eine beweislose Behauptung. Oder vielmehr, die das sagen, stellen damit der Arbeiterbewegung und sich selbst ein Armutzeugnis aus. Es wäre schlimm bestellt um die deutsche Arbeiterbewegung, wenn es 15 Jahren Maidemonstration nicht gelungen wäre, den Arbeitern Erfolge zu bringen. Wir sehen ganz ab von den Erfolgen, die sich materielle ausdrücken lassen: die Maidemonstrationen haben der deutschen Arbeiterbewegung und auch den Gewerkschaften sehr viel idealen Schwung gegeben; sie haben in der deutschen Arbeiterschaft das Empfinden geweckt und gefestigt, daß es für sie wichtiger ist, eine Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit, und ernsthafteste Arbeiterschutzmaßnahmen durchzuführen, und daß erst in zweiter Linie Lohnfragen kommen. So hat sich gerade in den letzten 15 Jahren ein merkbarer Umschwung zum Besseren in den Anschauungen der organisierten Arbeiterschaft vollzogen, dem wir die großen Erfolge unserer Gewerkschaften mit verdanken. Wer das leugnet, zeigt sich über den sozialen Geist der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft schlecht unterrichtet.

Wichtiger ist der Einwand, daß die Gewerkschaften auf die Gestaltung der Maifeier bisher keinen Einfluß gehabt haben, obwohl sie die Kosten derselben zu tragen hatten. Das ist nur bedingt richtig, da auf dem internationalen Kongress in Paris, wo der Beschluß betreffs der Maifeier gefaßt wurde, wie auf allen späteren internationalen Kongressen gewerkschaftliche Führer stets mitgewirkt haben. Uebrigens hätten die Gewerkschaften, selbst wenn sie an der Beschlußfassung über die Maifeier nicht mitgewirkt hätten, alle Veranlassung, der sozialdemokratischen Partei für die Maidemonstration mit ihrer eminenten Bedeutung für die gewerkschaftliche Bewegung dankbar zu sein. Es wäre damit ja wiederum nur bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei fördernd in die Gewerkschaftsbewegung eingzugreifen weiß.

Dann kommt dieser Einwand auch reichlich spät; er wäre am Platze gewesen zu einer Zeit, als die Maifeier den Gewerkschaften zuerst erhebliche Opfer auferlegte, nicht aber jetzt, nachdem man mehr als zehn Jahre lang diese Opfer, die sich übrigens von Jahr zu Jahr vermindert haben, getragen hat. Mit einem Schein von Berechtigung hätte man schließlich auf eine Aenderung der Maidemonstration hinwirken können, als vor fünf Jahren von den großen Scharfmacherverbänden Repressionsmittel gegen die Maifeier ergriffen wurden. Damals hat man auch seitens der Gewerkschaften entschieden allen terroristischen Gelisten der Scharfmacher getrotzt, man hat die Aussperrungsbeschlüsse derselben wirkungslos gemacht; jetzt die Arbeitsruhe beschließen wollen, heißt die Position der Arbeiterschaft gegen das Scharfmachertum empfindlich schwächen.

Die Opfer, welche die Gewerkschaften für die Maifeier bringen mußten, waren nicht so groß, daß sie bei den großen idealen Erfolgen derselben erheblich ins Gewicht fallen können. Wir Holzarbeiter können davon ein Lied singen. Wir sind durch das terroristische Vorgehen der Scharfmacherorganisationen in Berlin, Hamburg und Leipzig so stark in Mitleidenschaft gezogen worden, daß wir wohl ein Urteil haben über die Kosten, die den Gewerkschaften ungünstigsten falls aus der Maifeier erwachsen. Wir sind über die schlimmste Zeit ohne jede Gefahr hinweggekommen, und die Opfer sind mit jedem Jahre geringer geworden, je entschiedener unsere Kollegen den Aussperrungsgelüsten der Scharfmacher entgegentraten und je mehr sich Kollegen an der Maifeier durch Arbeitsruhe beteiligten. Und in der Tat haben wir es gerade in den drei genannten Städten mit ihren typischen Scharfmacherorganisationen in der Holzindustrie so weit gebracht, daß die überwältigende Mehrheit der Kollegen am 1. Mai die Arbeit ruhen läßt, trotz Aussperrungsdrohung und trotz der Opfer, die mit der Arbeitsruhe verknüpft waren. Ist diese Haltung der Kollegen ihrer vorzüglichen gewerkschaftlichen Organisation zu verdanken, so hat doch auch wieder die Gewerkschaft den Nutzen von der zielbewußt durchgeführten Demonstration gehabt. Die Folge sehen wir dann in der vorbildlichen Verfassung und dem guten Charakter der gewerkschaftlichen Organisationen gegeben.

Damit kommen wir zu dem anderen Einwand, daß die Maifeier immer mehr an Bedeutung verliere. Wir können das nicht allgemein zugeben; wir haben im Gegenteil von Jahr zu Jahr eine sich steigende Beteiligung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft an der Maifeier durch Arbeitsruhe feststellen können, und wir haben an allen Maifeiern teilgenommen; wir konnten dabei Erfahrungen, wie in West- und Norddeutschland, sammeln. Wo die Beteiligung an der Feier trotz guter gewerkschaftlicher Organisation zu wünschen übrig ließ, da lag es wohl nur an dem mangelndem Eifer der gewerkschaftlichen Führung. Ueber ein solches Fiasko der Maifeier, wenn man davon reden will, braucht man sich denn auch nicht zu wundern angesichts der Tatsache, daß von einigen Gewerkschaftsführern die Flammhaxerei geradezu zum Grundsatz erhoben worden ist. Ist es doch leider schon so weit gekommen, daß sich Gewerkschaftsführer ihrer Passivität bei der Maidemonstration rühmen. Einer hatte sogar den traurigen Mut, zu erklären, daß er in seiner Zeitung nie einen Maifestartikel schreiben werde. Man kann von diesen Leuten sagen: Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun, sonst würden sie solche die Arbeiterschaft schädliche Ansichten nicht vertreten.

Denn dem Ansehen der Arbeiterschaft ist diese ganze Debatte über die Maifeier nicht dienlich. Es macht einen geradezu deprimierenden Eindruck, daß man jetzt, nach 15 Jahren Maidemonstration, herkommt, und die ganze Sache für zwecklos, für verfehlt bezeichnet, die sonst nur von den Scharfmachern oder von dem honetten Spießertum so klassifiziert wurde. Das ist um so bedauerlicher, als man sich damit von dem Empfinden des Gros der organisierten Arbeiterschaft weit entfernt. Denn unsere Kollegen und Arbeitsbrüder im Lande draußen verstehen eine solche Politik nicht, die nicht weiß, was sie will, die nur das Prestige der Arbeiterbewegung schädigt. Was die organisierte Arbeiterschaft von dieser Art Gewerkschaftspolitik hält, das haben wir m. E. auf den Verbandstagen der Vergarbeiter und Buchdrucker gesehen, und speziell in unserem Verbands haben es die Versammlungen in Berlin und Stuttgart gezeigt. In unseren Kollegenkreisen ist der Unwille über die Flammhaxerei allgemein.

Wir begrüßen es mit Freuden, daß der Amsterdamer und der Bremer Kongress an der alten Form der Maifeier festgehalten haben, und wünschen nur, die Gegner der Arbeitsruhe am 1. Mai möchten es genug sein lassen des grausamen Spiels, denn es ist eine verfehlt Sache, die sie vertreten.

Wir berichten über die Debatte über die Maifeier wegen ihrer Wichtigkeit in folgendem ausführlicher:

Als Referent führt Abg. Richard Fischer (Berlin) aus: Unsere Stellung ist gegeben. Der internationale Kongress hat entschieden auf unsere Anregung jede Abschwächung und jede Verschärfung der Resolution abgelehnt, und wir haben als deutscher Parteitag einstimmig die Schuldbildigkeit diesen Beschlüssen anzuerkennen. Nur Gaarfpalter können behaupten, daß die Erhebung des Ausdrucks: Ersuchen der Arbeiterorganisationen, die Maifeier durch Arbeitsruhe anzustreben,

eine Verschärfung der Resolution bedeute. Denn die Verschärfung, soweit nicht die Masseninteressen der Arbeiter geschädigt werden, gibt ihr ja jetzt die Grenze. Der Einwand, wir könnten überhaupt nicht beschließen und dann die Verantwortung den Gewerkschaften aufladen, scheint mir prinzipiell falsch. In Paris, in Amsterdam haben die Gewerkschaftsführer an den internationalen Beschlüssen teilgenommen. Gewiß haben Gewerkschaftsführer, die es ernst mit ihrer Sache nehmen, von der Maifeier eine ebenso große Arbeit wie Verantwortung; aber durch die Geschichte und besonders durch die Feindseligkeit der Bourgeoisie ist die Maifeier ein Stück des Klassenkampfes geworden, und da ziemt es sich nicht, zu fragen: Was kostet es? (Sehr richtig!) Wäre es nicht Verrat und Verbrechen an der Arbeiterklasse gewesen, wenn beim Crimmitschauer Kampf oder bei der Buchhausvorlage die Sozialdemokratie erklärt hätte, das sei in erster Linie Sache der Gewerkschaften? Nicht um der Augenblicksvorteile willen, sondern um das unändige Wachstum unserer Bewegung und das unerschütterliche Festhalten an unserem Massenideal zu bekümmern. Je mehr durch Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung sich der persönliche Zusammenhang mit der politischen Bewegung löst, um so notwendiger wird es, daß die Massen alljährlich aus tiefstem Herzensbedürfnis heraus ihr sozialdemokratisches Glaubensbekenntnis ablegen, das zu einem drohenden Menetekel für die Gegner wird. Deshalb empfinde ich, daß wir wie früher stets die Arbeitsruhe für die vornehmste Form der Maifeier erklären, die Pflicht dazu aber nur denen auferlegen, die die Möglichkeit haben, sie zu erfüllen. (Leb. Weisf.)

Wurgund (Breslau): In Breslau feiern am 1. Mai 200 Mann, in ganz Oberschlesien keiner. Ist das eine würdige Maifeier? Mit dem erhabenen Gedanken der Arbeitersolidarität können wir die Arbeiter auch in den Abendversammlungen erfüllen.

Habisch (Limburg): Die Führer der großen Gewerkschaften wollen die Maifeier mit Rücksicht auf ihren Geldsack beseitigen. Aber wir werden uns von ihnen nicht verbieten lassen, den Klassenkampf zu führen. Die Maifeier ist auch die beste und einzige Schulung des Proletariats für den Generalstreik. Wir müssen an die Masse der Gewerkschaftsmitglieder appellieren, dann werden die Führer mit ihren Rücksichten auf den Geldsack beiseite gedrängt werden. (Vereinzelter Weisf.)

Weinheber (Hamburg) ist ebenfalls Gegner der jetzigen Form der Maifeier. Die Arbeiter der Metallindustrie seien außer Stande, sich daran zu beteiligen, da sonst von den Unternehmern schwere Aussperrungen drohen würden. Die Gewerkschaften streben an sich Verkürzung der Arbeitszeit und Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung an, dazu brauchen wir nicht unbedingt den 1. Mai zu feiern. Man sollte sich endlich einmal über eine andere Formulierung des Maifeierbeschlusses einig werden.

Frau Riez (Hamburg): Eine Schädigung der Arbeiterinteressen liegt nicht darin, wenn Groß-Gewerkschaften ein paar Tausend Mark ausgeben müssen. Eine Schädigung von Arbeiterinteressen liegt in der Verkümmern einer schwachen Organisation. Wenn eine solche in Frage steht, sollen wir von der Arbeitsruhe absehen. Die Gewerkschaften sollten den nüchternen realistischen Standpunkt bezüglich der Maifeier aufgeben. Sie sollten nicht so sehr darauf sehen, daß mit den Geldern der Gewerkschaften nur rein gewerkschaftliche Aufgaben erfüllt werden. Die Gewerkschaften sollen erzieherisch wirken und von diesem Standpunkt für die Maifeier eintreten. Die Maifeier bedeutet ein Stück Erziehung zur Solidarität, zur Opferwilligkeit, zum Idealismus. Sie führt uns neue Kämpfer zu, gerade durch die Arbeitsruhe, wie selbst die Gewerkschaftsführer in Amsterdam zugeben. Auch die Empörung derer, die nicht mitfeiern können, muß sich in lebhafterem Eintreten für die Arbeiterbewegung ausdrücken. In den Orten, wo starke Organisationen bestehen, hat der Umfang der Arbeitsruhe ständig zugenommen, in Hamburg z. B. von 5000 bis über 30 000. Ein gleicher Fortschritt durch die Maifeier muß sich in der Zahl der Organisierten ausdrücken. Deshalb bitte ich Sie, nicht nur die Resolution anzunehmen, sondern auch zu Hause für weitere Ausbreitung der Arbeitsruhe einzutreten. (Weisf.)

Abg. Zubeil: Die Verlegung der Maifeier auf den Sonntag, die ja hier keine Unterstützung gefunden hat, wäre der schlimmste Rückschritt. Wenn die Gewerkschaftsführer ernstlich versuchen wollten, auf dem Gewerkschaftskongress gegen die Maifeier vorzugehen, so würden sie merken, daß die Masse der Mitglieder auf dem Boden der Maifeier steht. Am Sonntag ließe sich die feiernde Arbeiterschaft gar nicht vom Bürgerturn unterscheiden. Gewiß feiert Deutschland das Maifest unter den größten Opfern. Da aber Deutschland politisch und zum Teil auch gewerkschaftlich an der Spitze der Arbeiterbewegung steht, kann es auch in dieser Beziehung vorangehen.

Niem (Dresden) ist Gegner der heutigen Form der Maifeier, da dadurch der Abschluß und die Durchführung von Tarifverträgen erschwert werde.

Mothes (Crimmitschau) möchte an der Maifeier festgehalten wissen.

Wolff (Wohnum): Es ist natürlich dankbarer, mit dem Strom zu schwimmen. Aber ich sage Ihnen, daß man bald genug erkennen wird, daß die Maifeier ihr Ziel nicht in der bisherigen Form erreichen kann. Als man sie in den neunziger Jahren einführt, sagte Liebknecht, 1 1/2 Millionen Wähler und 2 Millionen Maifeiernde. Wie anders ist es gekommen. Man sagt, auch außerhalb der Maifeier werden uns Aussperrungen aufgedrängt und müssen wir Vorstöße versuchen. Gewiß, aber da handelt es sich um Kämpfe für wirkliche Vorteile. Warum hat uns denn die Maifeier noch nicht mehr Geld gekostet? Weil wir es auf keine Machtprobe ankommen lassen wollten. Aber schon in München ist mit Recht gesagt worden, das Hü und Gott möchte endlich aufhören. Die Demonstration wäre am Sonntag viel massenhafter und wirksamer. Aller Realismus hilft nicht darüber hinweg, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai ihren Zweck nicht erreicht.

Abgeordneter Bömelburg: Alle Anträge, die auf Arbeitsruhe verzichten, sind für uns unannehmbar, weil die internationalen Kongresse es anders beschlossen haben. Wollen wir uns diesen Beschlüssen nicht fügen, so dürfen wir keine internationalen Kongresse beschiden. Der nächste Gewerkschaftskongress wird nun wohl zur Frage der Mai-

feier Stellung nehmen. Besser wäre es, wenn das erst kurz vor dem nächsten internationalen Kongresse geschähe. Aber das geht nun nicht. Jedenfalls wird der Parteitag vor dem nächsten internationalen Kongress Stellung nehmen müssen. Die Meinungen gehen weit auseinander. Ich nahm im Rheinland und Westfalen an der Maifeier teil und kann Ihnen sagen, daß, abgesehen von einzelnen am dem Tage Unbeschäftigten, die Berg- und Fabrikarbeiter völlig unvertreten waren. Genosse Habicht machte einen Gegensatz zwischen Gewerkschaftler und Parteigenossen. Ist er nicht selbst auch Gewerkschaftsbeamter? Er meinte, man könnte Forderungen im Mai so gut wie im Juni stellen. Mit dieser Laune wird er seine Gewerkschaft in Grund und Boden ruinieren. (Sehr richtig!) So einfach liegt die Sache nicht. Wir sind auch persönlich gegenüber der Maifeier in einer äußerst unangenehmen Lage. Selbst mein Verband hat vor einigen Tagen beschließen müssen, für die am 1. Mai ausgesperrten Arbeiter keine Unterstützung zu zahlen. Er wird daran festhalten müssen. Verkündete er das Gegenteil, so würde er an einem Tage die Zahl der Festenden um 50 000 steigern. Aber das würde so viel Geld kosten, daß der Verband als Organisation bedeutungslos würde. Deshalb können wir als Gewerkschaftler nicht frei für die Arbeitsruhe eintreten. Darum kann auch von einer wirklichen allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai in absehbarer Zeit nicht die Rede sein. Mag Genosse Zubeil nur einmal an die Berliner Arbeiter, die manches Jahr seit einmütig gefestigt haben, die Zustimmung stellen, auf die Unterstützungen nach dem 1. Mai zu verzichten. Er würde gut aufgenommen werden. Aber so lange der Amsterdamer Beschluß besteht, werden auch wir mit allen Kräften nachstreiben, die Arbeitsruhe am 1. Mai möglichst zu verallgemeinern. (Weißall.)

Reber (Jena) polemisiert als Metallarbeiter gegen Weinheber, der einen Krämmerstandpunkt vertreten habe. Er bittet um möglichst einstimmige Annahme der Resolution Fischer.

Kliß (Breslau): Einigen wir uns auf eine Demonstration durch Abendveranstaltungen. Sonst machen wir uns lächerlich. Besser, wir sagen das jetzt, als daß wir noch zehn Jahre fortwähren.

In seinem Schlusswort betont Richard Fischer, daß die Gewerkschaften die Entscheidung darüber haben, ob sie die finanziellen Opfer bringen wollen und können. Aber wie ein Sozialdemokrat so reden kann, wie Kliß (Breslau) getan hat, ist mir unverständlich. Weil die Bewegung schwach ist, dürfen wir doch die Agitation nicht einstellen. Im Gegenteil, da müssen wir doppelt agitieren. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften sollten erst nehmen mit der Maifeier. Weiter wird nichts verlangt. Bei besseren wirtschaftlichen Verhältnissen können die Gewerkschaften mehr für die Maifeier tun als heute. Wömelburg hat gewiß lokal gesprochen, er hat, glaube ich, zu schwarz gesehen. Gegen die Richtung Niem muß die Partei Front machen. Es ist die Richtung in den Gewerkschaften, die jede Arbeitsruhe am 1. Mai bekämpft. Die Grundanschauung aller Gewerkschaften ist wirtschaftliche Besserstellung des Proletariats, aber nicht unter Aufhebung des Klassenkampfes. (Sehr richtig!) Der Standpunkt Niems läuft auf die Wahrnehmung von Punktinteressen hinaus. Wird bei den Gewerkschaften der Klassenstandpunkt aufgegeben, so droht auch dem politischen Kampf die Gefahr. Wir haben also Veranlassung, diesen Standpunkt zu bekämpfen im Interesse der Gewerkschaften selbst. (Lebhaftes Sehr richtig!) Heute, glaube ich, ist kein Boden dafür vorhanden und ich glaube auch, daß die deutsche Arbeiterchaft in Zukunft nicht dafür zu haben sein wird. (Weißall.)

Folgende vom Referenten Fischer vorgeschlagene Resolution fand nahezu einstimmige Annahme:

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weibefest der Arbeit, gedenkt den Massenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdevolle Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Von den weiteren Verhandlungen des Parteitages erwähnen wir noch die über den Punkt: „Kommunalpolitik“, Referent Genosse Dr. Lindemann. Es wurde eine Resolution angenommen, die u. a. auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik folgende Forderungen an die Gemeinden enthält:

4. Auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik sind folgende Forderungen an die Gemeinden zu richten:
  - a) Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftserteilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gebarung der Gemeindeverwaltung; Einfügung der sogenannten Lohnklassen in die Arbeits- und Lieferungsverträge der Gemeinden sowie der von ihnen konzeptionierten Privatunternehmungen und Ablehnung der Streikklauel; strenge Maßregeln, um bei Vergebung und Abnahme von Gemeindeforderungen und -Lieferungen allen Schädigungen vorzubeugen, die den Gemeindeinteressen von den Bewerbern insbesondere durch die Ausnützung einer offiziellen Stellung in der Gemeindeverwaltung zugefügt werden könnte.
  - b) Einfügung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindeforderungen; Feststellung der Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen und Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindeforderungen; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Bildung von Lohnklassen und Lohnstufen nach Dienstzeitdauer; Achtunderttag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben

werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindeforderungen. c) Volle Koalitionsfreiheit für die städtischen Arbeiter und Beamten. Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Gemeindeforderungen auf, ihre kommunale Tätigkeit im Rahmen dieser Grundsätze auszuüben. Der nächste Parteitag findet 1906 in Jena statt.

**Die Forderungen der Möbeltischler in Berlin.**

r. L. Zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges begründen die Berliner Tischlermeister die Lohnabzüge mit dem Sinken der Verkaufspreise. Sie erklären, die Arbeiter müßten auf das Herabgehen der Preise für Tischlerarbeiten Rücksicht nehmen und billiger arbeiten, damit auch die Meister dabei bestehen können. Bei normalem Geschäftsgang würden sie selbstverständlich die Löhne nicht herabsetzen und auch gern wieder höhere Löhne bezahlen, wenn die Geschäftskonjunktur günstiger wird und infolgedessen bessere Verkaufspreise erzielt werden. Die Berliner Möbelindustrie hat nun in diesem Jahre einen bedeutenden Aufschwung genommen. Der Geschäftsgang ist derartig günstig, daß die Meister diese Gelegenheit dazu ausnützen wollen, um eine Erhöhung der Preise für Tischlerarbeiten von 10 pzt. durchzuführen. Sie sind auch mit diesem Vorgehen bei ihren Abnehmern fast nirgends auf Widerstand gestoßen.

Wenn nun die Meister bei den ohnehin schon höheren Preisen, wie in den beiden Vorjahren, noch einen Aufschlag von 10 pzt. erzielen, dann muß man annehmen, daß sie den Wünschen der Gesellen großes Entgegenkommen zeigen werden. Nach ihrem Grundsatze, daß bei schlechtem Geschäftsgang und sinkenden Preisen die Löhne herabzusetzen und bei gutem Geschäftsgang und steigenden Preisen höhere Löhne zu zahlen sind, müßten nun die Berliner Tischlermeister aus eigenem Antrieb die Löhne erhöhen. Wenn man derartiges von ihnen erwartet, dürfte man arg getäuscht werden. Der höhere Gewinn, den sie in der guten Geschäftszeit erzielen, reizt sie, ihren Mehrverdienst noch dadurch zu vergrößern, daß die Produktionskosten vermindert und die Arbeitslöhne nach Möglichkeit gedrückt werden. Statt, daß also durch eine Lohnaufbesserung den Wünschen der Gesellen Rechnung getragen wird, und dadurch die bestehenden Mißstände und Differenzen beseitigt würden, gibt der gute Geschäftsgang erst recht die Veranlassung zu Streitigkeiten, Lohn Differenzen und Streiks.

In den Berliner Möbeltischlereien werden fortwährend neue Arbeiten eingeführt. Bei der Festsetzung der Akkordpreise sind die Meister eifrig bemüht, den Verdienst der Gesellen zu vermindern. Die neuen Arbeiten müssen, wie Herr Beh in der Tischlermeisterversammlung am 20. September ausführte, preiswert auf den Markt gebracht werden. Die Meister verstehen darunter, daß der Verkaufspreis nicht höher werden soll, trotzdem aber ein größerer Gewinn wie an den bisherigen Möbeln erzielt werden muß. Dies ist nur dann möglich, wenn am Arbeitslohn gespart wird. Die Einführung neuer Muster hat aus diesem Grunde häufige Differenzen zur Folge. Die neuen Arbeiten werden fast nur in Akkord vergeben und immer recht niedrige Preise geboten. Die Arbeiter können häufig nicht beurteilen, ob die Preise angemessen sind. Nur zu oft müssen sie die Erfahrung machen, daß die Arbeit für den festgesetzten Preis nicht hergestellt werden kann. Sie verdienen oft viel weniger, als ihr bisheriger Verdienst betrug. In zahlreichen Fällen reicht nicht einmal das Kostgeld aus, so daß sie die letzte Woche ohne Geld nach Hause gehen müssen. Sie sind dann auf die Gnade des Arbeitgeberes angewiesen, der ihnen nach Gutdünken etwas zulegt. Das geschieht natürlich nicht immer. Vielfach wird nichts zugelegt. Zu beanspruchen hat der Geselle nichts, weil er ja die Arbeit zu dem niedrigen Preise übernommen hat.

Die Gesellen müssen deshalb sehr mißtrauisch sein, namentlich wenn zwischen dem angebotenen Preise und dem vom Gesellen geforderten Summe ein zu großer Unterschied besteht. Es wird dem Gesellen vorgeredet, er habe sich verrechnet, eine Verringerung seines Verdienstes sei nicht beabsichtigt, er solle ebenso viel verdienen, wie bisher. Wenn solche Behauptungen wahr sind, dann kann ja die erste Arbeit im Lohn gemacht werden. Wird dies von den Gesellen gefordert, dann stoßen sie auf großen Widerstand. Den Gesellen ist es ganz unverständlich, wenn ihnen gesagt wird, daß sie nicht weniger verdienen sollen als bisher, und doch wollen die Meister diesen Verdienst nicht sichern und auch nicht bei der ersten Arbeit als Lohn zahlen. Den Gesellen muß sich die Meinung aufdrängen, sie sollen bei der Festsetzung der Preise für die neuen Muster benachteiligt werden. Sie halten das für sehr ungerecht, besonders wenn sie in Betracht ziehen, daß die Geschäftskonjunktur eine sehr gute ist und die Meister höhere Preise als früher beziehen.

Man wird es sich erklären können, daß die Mißbilligung der Berliner Tischlergesellen sehr groß ist. Sie kommt zum Ausdruck in den Forderungen, die die Kollegen in einer Anzahl Werkstätten gestellt haben. Neben den Forderungen auf Erhöhung der Akkordpreise haben die Kollegen gefordert, daß bei Einführung neuer Muster die erste Arbeit in Lohn gemacht werden soll. In den Werkstätten, in denen die Gesellen bei der Festsetzung der Akkordpreise für die neuen Arbeiten nicht benachteiligt werden, haben sie nicht an solche Forderungen gedacht. Nur, wo die Kollegen durch das Verhalten des Meisters dazu gedrängt wurden, verlangen sie, daß die Bezahlung der ersten Arbeit geregelt wird.

Die „Freie Vereinigung der Holzindustriellen“, in welcher die meisten größeren Möbeltischler organisiert sind, hat ihren Mitgliedern durch Versammlungsbeschlüsse verboten, prinzipielle Forderungen der Gesellen, wie Anfertigung der ersten Arbeit in Lohn, zu bewilligen. Da nun jede Woche die Kollegen in mehreren Werkstätten Forderungen stellen und eine Einigung nicht zu stande kam, stieg die Zahl der Streitenden bis auf circa 400 in der Woche vom 18. bis 21. September. Bei den Verhandlungen mit den im Streik befindlichen Firmen wurde angeregt, in einer Verhandlung zwischen den Vorständen der Organisationen die Streitfrage zu regeln. Es fanden zwei Sitzungen statt, an denen die Vertreter beider Organisationen teilnahmen. Die Meister ließen sich dabei nicht darauf ein, daß die erste Arbeit in Lohn gemacht werden soll. Sie befürchteten, die Lohnarbeit könne durch Bewilligung dieser Forderung allgemein üblich

werden. Die Lohnarbeit sei aber gerade das Uebel, an dem die Berliner Möbelindustrie elend zu Grunde gehen müsse. Bei Lohnarbeit gehe dem Arbeiter das Interesse an dem Fortschreiten der Arbeit verloren. Die Arbeit würde sehr verteuert und die Berliner Meister müßten die neuen moderneren Arbeiten ganz einbüßen. Noch schlimmer sei es, wenn die neuen Muster in Lohn angefertigt werden und der Akkordpreis danach bestimmt würde. Dann machten die Gesellen die Arbeit absichtlich teuer, damit recht hohe Akkordpreise zu stande kommen.

Wenn auch dem zuverlässigsten Gesellen die neuen Arbeiten übergeben würden, so ändere das daran nichts, denn der Preis, den die Arbeit kosten solle, würde jedesmal von der Gesamtheit der Gesellen bestimmt. Das Akkordieren vollziehe sich nicht so einfach zwischen dem Meister und dem Gesellen der die Arbeit anfertigen soll, sondern in den Arbeitspausen berät die Gesamtheit der Arbeiter einer Werkstatt, ob der Preis ein angemessener ist, und zwar nicht nur für die auswählte Kraft des erprobten und tüchtigen Gesellen, sondern für die gesamte Arbeiterchaft einer Werkstatt im Durchschnitt. Der beschlossene Preis müsse dann herauskommen. Wenn auch der tüchtige Arbeiter mit einer Arbeit beauftragt in drei Wochen fertig werden kann, so müsse er sich doch vier Wochen dabei aufhalten, weil auf den schwachen Arbeiter Rücksicht zu nehmen sei und der von den Kollegen festgesetzte Preis einzubehalten sei. Wollte ein Meister einen solchen Gesellen wegen ungenügender Arbeit entlassen, dann käme die Arbeit noch teurer. Wenn sie von einem anderen Gesellen fertiggestellt werden müßte. Die dadurch bedingte Steigerung der Akkordpreise sei eine Schraube ohne Ende. Am Schluß der ersten Verhandlung wollten die Meister bei der Herstellung der ersten Arbeit einen Teil des Durchschnittsverdienstes sichern, wenn keine Einigung über den Preis stattfinde. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes forderten 95 pzt., die Meister boten 75 bis 80 pzt. Die Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes lehnte dieses Angebot ab und beauftragte ihre Vertreter, auf der Lohnarbeit zu bestehen. Wenn aber die erste Arbeit doch in Akkord gemacht werden muß, dann soll 95 pzt. des Durchschnittsverdienstes gesichert werden. Bei der zweiten Verhandlung schlugen die Meister vor, die erste Arbeit soll in Akkord gemacht werden. Bei den Arbeiten, die sich mit den bisher angefertigten Möbeln nicht vergleichen lassen, und eine Einigung über den Akkordpreis nicht stattfindet, wird dem Gesellen 90 pzt. des Durchschnittsverdienstes gesichert. Dieser Vorschlag wurde von der Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes ebenfalls abgelehnt. Die Vertrauensmänner halten die Forderung der streitenden Gesellen für gerechtfertigt. Eine Anzahl Meister habe längst die geforderte Lohnarbeit eingeführt, deshalb ist sie auch für die übrigen Unternehmer durchführbar. An demselben Abend, an dem die Vertrauensmännerversammlung stattfand, tagte auch eine von 400 Meistern besuchte Versammlung. Diese nahm folgende Resolution an:

„Die heute, am 28. September 1904, in den „Konkordia-Feiern“ stattfindende Generalversammlung der Tischlermeister aus Berlin und den Vororten beschließt:

Die Forderung der Arbeiter, neue Muster nur im Lohnverhältnis oder unter Garantie von 95 pzt. des Durchschnittslohnes der letzten sechs Monate auszuführen, wird mit der Maßgabe abgelehnt, daß eine Lohnsicherung ausschließlich für diejenigen neuen Arbeiten gegeben werden soll, welche sich mit bereits ausgeführten Arbeiten nicht deкарt vergleichen lassen, daß hiernach der Akkordpreis kalkuliert werden kann.

Das Anerbieten des Vorstandes der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin, für derartige außer-gewöhnliche Arbeiten 90 pzt. als Durchschnittslohn der letzten drei Monate zu garantieren, erreicht bereits die äußerste Grenze der möglichen Zugeständnisse; jede Mehrforderung wird abgelehnt.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin wird beauftragt, alle weiteren Verhandlungen mit den Arbeitern abzubrechen, falls dieselben nicht spätestens bis zum 1. Oktober d. J. in hündiger Weise erklären, daß sie ihre Forderung in dem jetzigen Umfange zurückziehen und in allen dieserhalb gesperrten Betrieben die Arbeit sofort wieder aufnehmen.

Der vorbezeichnete Vorstand wird ferner beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zum Zwecke einer allgemeinen Aussperrung der Arbeiter unverzüglich vorzubereiten.

Ueber die in der Resolution angekündigte Aussperrung wird noch eine Abstimmung der Berliner Meister vorgenommen. Das Resultat derselben kann erst am 3. Oktober zusammengestellt werden. In der „Fachzeitung“ der Tischlermeister erläßt Herr Nahardt schon am 2. Oktober die nachstehende Bekanntmachung:

**Offizielle Ankündigungen.**

In Berlin sind die Büffel gefallen; die General-Aussperrung der Tischler ist zum 3. Oktober von einer Vier-Fünftel-Majorität der Meisterschaft in der Versammlung am 28. September beschlossen; die Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverbande sind abgebrochen.

Wir halten es für Ehrensache eines jeden Mitgliedes des Arbeitgeber-Schutzverbandes, die Berliner Kollegen in dem bevorstehenden schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß kein in Berlin Ausgesperrter eingestellt wird. Inhaber von Invalidentagen mit der Marke „Berlin“ dürfen auf keinen Fall eingestellt werden. Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes.

J. A.: C. Nahardt, Vorsitzender.

Die „Fachzeitung“ schreibt in einem Bericht über die Meisterberufsammlung:

„Von diesem Beschlusse ab dürfen neue Gesellen in keinem Betriebe mehr eingestellt werden. Am 3. Oktober, nach gefallener definitiver Entscheidung, ist jeder irgendwie entbehrliche Lohnarbeiter zu entlassen. Es darf kein Akkord mehr abgeschlossen werden, und jeder Akkord-Arbeiter ist nach Fertigstellung der übernommenen Arbeit zu entlassen. Innerhalb vier Wochen ist jedes Akkordverhältnis zu erledigen. Ausgenommen sind nur alle Kleinbetriebe, die bis zu drei Leuten beschäftigen. Aber auch sie dürfen keine neuen Arbeiter an Stelle eines abgehenden einstellen.“

Vor allen Dingen wird darauf bestimmt geredet, daß überall außerhalb Berlins keiner der ausgesperrten Arbeiter Beschäftigung finde. Die Bezirksverbände des Schutzverbandes haben hierauf ihr Augenmerk besonders zu richten.“

Bis zum Sonnabend, den 1. Oktober, hatte der Vorstand der Vereinigung der Holzindustriellen noch keine dahingehende Mitteilung an den Holzarbeiterverband gelangen lassen. Jedoch schon mehrere Tage vor ihrer beschließenden Versammlung hatten die Meister Berichte in die Zeitungen gebracht, nach welchen die Aussperrung schon beschlossene Sache wäre. Als einer dieser Berichte in der Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes zur Verlesung kam, wurde er mit schallendem Gelächter aufgenommen.

Sollte die angekündigte Aussperrung durchzuführen versucht werden, so würden die Berliner Kollegen gleich die Lohnarbeit bei den neuen Mustern in allen Betrieben — bewilligt erhalten, außerdem aber noch verschiedene andere Forderungen, die vorher noch aufgestellt werden könnten.

Von den streikenden Firmen haben in der Zeit der Verhandlungen eine Anzahl die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt, so daß von den 400 Streikenden nur noch 190 vorhanden sind.

**Zur Lohnbewegung der Berliner Klavierarbeiter.**

Am 26. September fand bei Kellers, Koppenstraße 29, eine öffentliche Musikinstrumentenarbeiterversammlung statt, die weitere Stellung zur Lohnbewegung nahm. Der Saal war überfüllt. Sidfeld vom Holzarbeiterverband berichtete kurz über die am Tage vorher stattgegangene Vertrauensmännerversammlung. Er schlug der Versammlung vor, zu beschließen, daß am Dienstag, den 27. September, spätestens aber Mittwoch, den 28. September, die Fabrikanten die aufgestellten Forderungen seitens ihrer Arbeiter vorgelegt werden. Bis zum 1. Oktober solle man den Fabrikanten Frist geben zur Beantwortung; eine am 2. Oktober abzuhaltende Versammlung soll dann die weiteren Maßnahmen beschließen.

In der Diskussion verlangte ein Redner von den Beschäftigten Arbeitern, daß für ihre Fabrik die Frist verlängert werde, da der eine Mitinhaber erst in der zweiten Woche des Oktober von der Reise zurückkommt. Andere Redner widersprachen dem. Es wurde dann eine Resolution angenommen im Sinne des von Sidfeld gemachten Vorschlags. Bei der Abstimmung erklärte sich die übergroße Mehrzahl der 3000 Anwesenden für und 200 bis 300 gegen die Resolution. Als Streikkommission wurde die engere Kommission gewählt, welcher die Erledigung der Vorarbeiten oblag. Sie besteht aus vier Verbandsmitgliedern, vier Mitgliedern des Fachvereins und zwei des Hirsch-Dundersche Gewerbevereins.

Ingenieur haben auch die Unternehmer in ihrer Organisation, der „Freien Vereinigung der Berliner Pianofabrikanten und Berufsgenossen“, Stellung zur Lohnbewegung genommen. Ihr Organ, die Berliner „Musikinstrumentenzeitung“, teilt dazu in einem Artikel der Nummer 62 vom 24. September mit, daß die Fabrikanten in einer am 16. September abgehaltenen Versammlung beschließen haben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den unberechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten.

Die „Musikinstrumentenzeitung“ versucht auch nachzuweisen, daß die aufgestellten Forderungen unberechtigt seien. Sie behauptet, die Verteuerung der Lebensmittel belaste die Unternehmer in demselben Maße wie die Arbeiter. Das trifft nicht zu. Jeder nicht allzu beschränkte Mensch weiß, daß dies bei dem verhältnismäßig hohen Einkommen des Unternehmers lange nicht eine so wichtige Rolle spielt, als bei dem Verdienst eines Arbeiters, der kaum zum notwendigen Lebensunterhalt ausreicht.

Es soll dann ferner nicht zutreffen, daß seit Jahren eine günstige Geschäftslage im Beruf, soweit dies Berlin betrifft, herrscht. Die Exportziffern, auf die wir uns stützen, seien aus dem Grunde nicht maßgebend, da sie sich auf das gesamte Deutsche Reich beziehen.

Die Zahl der in der deutschen Musikinstrumentenindustrie beschäftigten Personen ist gestiegen. Wenn nicht allgemein eine Zunahme zu konstatieren wäre, so könnten wir trotzdem behaupten, daß dies für die Berliner Musikinstrumentenindustrie, soweit sie sich mit der Herstellung von Klavieren und Pianos, und den dazu gehörigen Bestandteilen befaßt, in ganz erheblichem Maße zutrifft. Sollte es der „Musikinstrumentenzeitung“ unbekannt geblieben sein, daß in den letzten vier Jahren eine Reihe neuer Betriebe entstanden ist, daß eine Anzahl von Fabrikanten ihre Betriebe bedeutend vergrößert hat, so möge sie sich nur bei den Versicherungsanstalten, der Berufsgenossenschaft oder der Krankenkasse erkundigen. Sie wird dann finden, daß bei der Ausübung der Musikinstrumentenindustrie Berlin hervorragenden Anteil nimmt. Ja, die Berliner Pianofabrikation hat einen Teil Kunden heranzuziehen verstanden, die ihren Bedarf an Instrumenten anfänglich in anderen Orten deckten. Die auswärtigen Fabrikanten, die hiervon betroffen wurden, suchten sich dagegen zu wehren und versuchten durch Lohnabzüge den Herstellungspreis ihrer Produkte herabzusetzen.

Wir möchten hierbei darauf hinweisen, daß an den Brandenburger Seiten Sidfeld allein im letzten Jahre aus zehn verschiedenen Orten Anfragen gerichtet wurden nach den Akkordpreisen. Der Inhalt dieser Zuschriften war stets derselbe. Die Kollegen teilten mit, daß ihr Fabrikant Lohnabzüge vornehmen wolle mit der Begründung, er könne mit Berlin nicht mehr konkurrieren. Sie wünschten deshalb Auskunft darüber, ob die in Berlin üblichen Akkordpreise wirklich so niedrige seien, wie ihnen seitens ihrer Arbeitgeber angegeben wurde. Auch die von Berlin aus erteilte Antwort bewegte sich stets in denselben Rahmen. Es mußte mitgeteilt werden, daß der Herstellungspreis eines Pianos in vielen Berliner Fabriken tatsächlich ein so niedriger sei, und daß die in ihrem Orte gezahlten Akkordpreise weit über dem Durchschnitt der in Berlin üblichen ständen.

Was die Verfertigung von Klavieren und Pianomechaniken anbelangt, so ist fest, daß außerhalb Berlins kaum eine Fabrik so billig liefern kann, wie sie in Berlin angeboten werden. Wenn wir nicht schon nachgewiesen hätten, dem die „Musikinstrumentenzeitung“ auch nicht widerstehen hat, daß die heutigen Erzeugnissebedingungen zwingend eine Aufbesserung der Löhne verlangen, so beweist das oben Angeführte, daß die Lohnbewegung berechtigt

ist. Die Berliner Klavierarbeiter können und wollen ihren Kollegen in anderen Orten nicht zum Nachdruck werden.

Und berechtigt ist das Vorgehen der Klavierarbeiter. Dies hat ja eine große Anzahl von Fabrikanten selbst zugegeben, nachdem ihnen die Forderungen ihrer Arbeiter vorgelegt wurden. Sie haben zum großen Teil selbst zugegeben, daß die aufgestellten Forderungen mäßige sind und zeigten sich vielfach nicht abgeneigt, zu bewilligen. Beiläufig gesagt, haben die Arbeiter in vielen Fabriken den neuen Akkordtarif so ausgearbeitet, daß die verlangten Aufschläge sich mehr an der niedrigeren Grenze des gestrigen Beschlusses (10 bis 25 pZt.) hielten, um es ihren Arbeitgebern leicht zu machen, dem vorgelegten Tarif zustimmen zu können. Wie schon bemerkt, verhielt sich auch ein großer Teil der Unternehmer nicht durchaus ablehnend. Aber sie meinten dabei in vielen Fällen: „Wir müssen erst abwarten, was die Versammlung (der Unternehmer) am 29. September beschließt.“

Was diese Versammlung für ein Resultat zeitigt, teilen bürgerliche Blätter mit. Die sehr zahlreiche Versammlung verpflichteten sich ohne Ausnahme auf ihr Ehrenwort, keine der aufgestellten, unberechtigten Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Die Scharfmacher des Fabrikantenringes, einige große Pianofabrikanten und einige Unternehmer, deren Betriebe nicht in die Lohnbewegung hineingezogen werden, weil sie einer anderen Branche angehören, haben es verstanden, die kleineren und mittleren Fabrikanten davon zu „überzeugen“, daß das Verlangen ihrer Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage unberechtigt sei und entschieden zurückgewiesen werden müsse. Die Unternehmer seien in der entschiedenen Ablehnung der aufgestellten Forderungen einig.

Ja, sagt die „Musikinstrumentenzeitung“, die Forderungen können nicht bewilligt werden, weil die Preise für Rohmaterialien zu sehr in die Höhe gegangen sind und dadurch die Industrie schon zu sehr belastet sei. Sie weist auf die Berliner Tischlermeister hin, die kürzlich in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, aus obigem Grunde die Verkaufspreise ihrer Produkte um 10 pZt. zu erhöhen. Warum nehmen sich die Berliner Pianofabrikanten nicht ein Beispiel daran? Warum stehen sie nur dann einmütig zusammen, wenn es gilt, die Arbeiter niederzuzwingen? Warum wirken sie nicht einmütig dahin, die Schmutzkonkurrenz in ihrem Gewerbe zu beseitigen?

Die Behauptung, daß bei einer Verteuerung der Klaviere die Nachfrage nach solchen sinken würde, bestreiten wir. Die Gesellschaftsklassen, die sich diese teuren Musikinstrumente leisten können, kaufen dieselben, auch wenn die Preise um 2 bis 4 pZt. erhöht würden. Nur um so viel könnte sich der Verkaufspreis erhöhen, wenn die Forderungen der Arbeiter bewilligt und diese Erhöhung auf den Gesamtpreis des Produktes aufgeschlagen würde. Muß doch heute schon der eigentliche Abnehmer aus dem laienhaften Publikum oft mehr als das Doppelte zahlen, als der Pianofabrikant für das Instrument vom Händler erhält. Ist es nicht unerhört, wenn ein Piano, das der Fabrikant für M 320 dem Händler liefert, nicht unter M 700 aus dem Laden verkauft wird? Warum versucht man nicht, durch einmütiges Zusammenwirken diese unbilligen Zustände, unter denen doch alle Fabrikanten zu leiden haben, abzuschaffen? Warum überläßt man mißglückten Leuten, die rein gar keine produktive Tätigkeit entfalten, enorm hohe Gewinne, während man die Arbeiter, die es unternehmen, ihre traurige Lage zu verbessern, bis aufs Messer bekämpfen will?

Die „Musikinstrumentenzeitung“ behauptet ferner, die Konkurrenz auf dem Weltmarkte verlange eher eine Verbilligung der Produkte als eine Verteuerung. Daß eine Gefahr nach dieser Seite augenblicklich nicht besteht, beweisen die steigenden Exportziffern. Wenn in Zukunft durch die Zollpolitik der Regierung der Exporthandel erschwert und zum Teil unterbunden werden sollte, warum haben die Pianofabrikanten nicht wie die Arbeiter einmütig dagegen protestiert? Warum haben sie zum großen Teil überhaupt noch diejenigen politischen Parteien unterstützt, welche die Regierung zu einem solchen, die deutsche Industrie schwer schädigenden Vorgehen gedrängt haben?

Offenlich verdammt es die „Musikinstrumentenzeitung“ nicht, uns all die gestellten Fragen zu beantworten. Es wäre uns wirklich angenehm. Ueber den Verlauf der Bewegung läßt sich noch berichten, daß am Sonntag, den 2. Oktober, eine öffentliche Musikinstrumentenarbeiterversammlung stattfand. Dieselbe, welche wieder von etwa 3000 Personen besucht war, faßte gegen vier Stimmen den Beschluß, daß in allen Fabriken, wo die Forderungen nicht bewilligt sind, am Montag, den 3. Oktober, die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Bis Montag Mittag war folgendes gemeldet:

In 25 Fabriken mit 481 Arbeitern sind die Forderungen bewilligt. In 77 Pianofabriken und 11 Klavierfabriken stehen 1600 Arbeiter im Streik.

Vorstehende Zahlen beweisen, daß die Einigkeit unter den Unternehmern auf massigen Füßen steht. Die Arbeiter stehen fest und werden aushalten bis zum siegreichen Ende.

x. L.

**Aus der chirurgischen Hartgummi-Branche.**

Es dürfte wohl an der Zeit sein, daß die chirurgische Hartgummi-Branche auch wieder einmal zu Worte kommt. Aus den Vorgängen, welche sich vor Jahresfrist in unserer Branche abgepielt haben und welche die Einberufung der Konferenz notwendig machten, zu schließen, müßte man annehmen, daß nunmehr ein reges Leben unter den Drehsclern der chirurgischen Hartgummi-Branche sich entfalten würde; leider hat es jedoch den Anschein, als wenn nunmehr Ruhe über allen Wipfeln sein müßte.

Um die von der Konferenz übertragenen Arbeiten zu etwas Brauchbarem zu gestalten, hat es sich die Vorortsektion angelegen sein lassen, mit Städten in Verbindung zu treten, welche nicht auf der Konferenz vertreten waren. Zum Teil ist dieses gelungen, zum Teil erwarten wir ein Gelingen. Hierbei müssen wir vor allem die Lokalbewaltungen bitten, uns in unserem Streben, eine Vereinigung der in der chirurgischen Hartgummi-Branche beschäftigten Drehscler herbeizuführen, mehr als dies bisher geschehen, zu unterstützen. Zu Informationsreisen haben wir

kein Geld. Wenn wir darum die Lokalbewaltungen ersuchen, ausfindig zu machen, ob da oder dort Hartgummi-Drehscler beschäftigt werden, so wird wohl ein Mann in der Verwaltung für diese Auskunft disponibel sein. Zu verurteilen aber ist, derartige Anfragen in die Tiefen des Papierkorbes verschwinden zu lassen.

Unsere Kollegen selbst müssen wir ersuchen, uns die Akkordtarife alsbald zugehen zu lassen. Obwohl uns einige Mitte Juni zugegangen sind, warten wir immer noch auf die übrigen. Es ist dies kein erfreuliches Zeichen; hoffen wir, daß sich dies ändert. Die Vorortsektion denkt jedoch, diese Arbeit zu erledigen, ehe wir darüber diskutieren können, wie ein weiterer Ausbau nach unserem Dafürhalten beschaffen sein muß.

In der letzten Zeit haben sich in unserer Branche verschiedene Bewegungen abgepielt, welche nunmehr insgesamt an die Öffentlichkeit gezogen werden können. In Hannover und Leipzig waren es neben verschiedenen anderen Artikeln hauptsächlich Garnituren, welche wie gewöhnlich auf Kosten der Arbeiter billiger produziert werden sollten. Hier konnten wir wahrnehmen, daß unser Zusammenschluß bezw. Konferenz denn doch nicht umsonst gewesen ist. Als von dem Unternehmer das geläufige Wort von der Konkurrenz gebraucht wurde, war es den Kollegen möglich, in kurzer Zeit nachzuweisen, daß die Konkurrenz keine niederen Preise zahlt. War man nun so früher gezwungen, den Worten des Arbeitgebers glaubend, klein beizugeben, so war es diesmal an der Hand der Tatsachen möglich, die Angriffe zum großen Teil abzuwehren. Für die Kollegen müßte dies eine Mahnung sein, mehr als bisher zur Kräftigung der Organisation beizutragen, als auch dafür zu sorgen, daß die Kollegen in den einzelnen Städten in reger Fühlung bleiben. Bestehen doch in unserer Branche noch Mißstände, welche einer Abhilfe dringend bedürfen. Als einer der größten Mißstände ist im puncto Hygiene zu finden. So kommt es sehr oft vor, daß Reparaturen in Arbeit gegeben werden, welche noch mit allen Krankheitserregern behaftet sind. Desinfektion wird bei derartigen Sachen noch als Luxus betrachtet. So wird wohl auch nach dieser Hinsicht jeder Fortschritt lauer erkämpft werden müssen.

Für die Hartgummi-Branche scheint die Krise noch nicht vollends überwunden zu sein. Obwohl einige Betriebe volle Beschäftigung haben, so gibt es auch verschiedene Betriebe, welche noch stark unter Arbeitsmangel leiden. Woran dies liegt, mag dahingestellt sein. Wir wollen nur auf eins hinweisen.

Der Rohkaufschank ist schon seit einiger Zeit im Steigen begriffen. Das müge für die Kollegen eine Mahnung sein, mit offenerm Auge in die Zukunft zu blicken, damit etwaigen Versuchen, einen Ausgleich durch Herabsetzen der Akkordlöhne herbeizuführen, entgegengekehrt werden kann.

Wir ersuchen nunmehr die Kollegen, uns alles Wissenswerte zukommen zu lassen, dadurch wird es möglich, dieselben insgesamt an dieser Stelle einer Betrachtung zu unterziehen, während man dieselben sonst der Vergessenheit anheimfallen läßt.

**Die Vorortsektion der Drehscler der chirurgischen Hartgummi-Branche.**  
J. A. E. Scherber, Cassel.

**Hirsch-Dundersche Wahrheitsliebe.**

Mit welcher Virtuosität und Gewissenhaftigkeit meistens seitens der gegnerischen Organisationen Mittelungen über Terrorismus der freien Verbände gegen anders organisierte Arbeiter in die Welt gesetzt werden, davon liefert die Nr. 36 der „Globe“ vom 2. September erneut einen klassischen Beweis. Unter dem Stigma „Organisationszwang“ wird von Darmen berichtet, daß dort in einem Betrieb neben etwa 100 Verbändlern 6 Mitglieder des Gewerbevereins beschäftigt gewesen wären, unter diesen einige, welche dem Gewerbeverein schon fünf Jahr und länger als Mitglieder angehört hätten. Diese seien nun in der Werkstatt in einer Weise schikaniert und ihnen das Leben fortgesetzt so lauer gemacht worden, bis dieselben endlich müde geworden, aus dem Gewerbeverein austraten und sich dem „alleinlignachenden“ Holzarbeiterverband anschlossen.

Wie ist nun der tatsächliche Sachverhalt. Neben den erwähnten sechs Mitgliedern des Gewerbevereins war resp. ist heute noch ein sechstes Mitglied des gleichen Vereins beschäftigt; derjelbe bekleidet die Stellung eines sogenannten Saalmeisters, die gleiche Stellung bekleiden, nebenbei bemerkt, auch vier Mitglieder unseres Verbandes. Die Obliegenheiten dieser Zwischenmeister sind die Uebergabe und Abnahme der auf den zuständigen Stellen hergestellten Arbeiten, die Beforgung des Materials usw. Von Seiten der auf dem Saal des Hirsch-Dunderschen Saalmeisters beschäftigt gewordenen Mitglieder unseres Verbandes sind nun im Anfang des zweiten Quartals dieses Jahres fortgesetzt Beschwerden bei der Leitung des Verbandes vorgebracht worden, die darauf hinwiesen, daß auf diesem Saal sich die reinste Protektionswirtschaft eingebürgert hatte, und zwar so, daß es augenscheinlich geworden war, daß unsere Mitglieder ständig die schlechtesten Arbeiten erhielten, währenddem die Mitglieder des Gewerbevereins nach jeder Richtung hin bevorzugt wurden. Typisch ist auch ein Auspruch dieses früher selbständig gewesenen Gewerbevereins, den er einem Verbandskollegen gegenüber gebrauchte, als er ihn für den Gewerbeverein zu gewinnen suchte: „Ich sehe es lieber, wenn auf meinem Saal nur Gewerbevereiner arbeiten.“ Jedenfalls war das auch Veranlassung zur Entlassung der Vertrauensleute unseres Verbandes, die das Einziehen der Beiträge und die Kolportage der „Holzarbeiter-Zeitung“ auf diesem Saal besorgten, die in zwei Fällen kurz auseinander folgten.

Daß wir diese Maut, für den Gewerbeverein zu agitieren auf Kosten unserer Organisation, nicht so ohne weiteres hinnehmen, bedarf wohl nach Vorstehendem keiner Frage. Ich habe als verantwortlicher Leiter der Zählstelle dem betr. Herrn in der nächsten Werkstattung Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen auf die vorgebrachten Beschwerden. Diese Rechtfertigung fiel nun so mager aus, daß ich seitens der Zählstelle die Erklärung abgab, wenn der Gewerbevereiner seine Handlungsweise weiter fortsetze, würden wir solange auf das Weiterarbeiten mit ihm verzichten, bis das unartige Verhältnis zwischen ihm und den oberen Instanzen des Betriebes gelöst sei. Er hat dann auch für eine gewisse Zeit seinen Organisationszwang für den Gewerbeverein gelassen, bis ich eines Tages im Monat Juni die Mitteilung empfing, daß er seine Autorität jetzt auf anderem Gebiet verjuche. So solle er gegen eine andere Person erklärt haben, daß, wenn er der Firma drei Maschinenarbeiter besorge, diese mehr machen als der ganze Schrot. Gemeint waren mit letzterer Aeußerung zwölf beschäftigte Maschinenarbeiter; diese waren nun über die ihnen zugefallene Faulheit selbstredend ehrlich empört. Der Herr Gewerbevereiner war in

ber betr. Berufstätigkeit nicht anwesend, als ein Mitglied von uns diesen Vorwurf öffentlich erhob, der ihn von einem Ehren-jungen (Bandwirtsler ist Betreffender) mitgeteilt worden war. Ich sah mich nun erneut in die Zwangslage versetzt, die Interessen unseres Verbandes zu vertreten und dem Ausschuss anheimzugeben, bei der Firma zur Aufklärung vorstellig zu werden, was denn auch einmütig beschlossen wurde, trotzdem auch die sechs anderen Mitglieder des Gewerksvereins anwesend waren. Ich habe dann im Verlauf der Debatte diese unkollegiale Handlungsweise dieses Musterhirsches angezweifelt, die er fortgesetzt an den Tag gelegt hat und auch die Frage aufgeworfen, ob es da noch ratsam sei, mit solchen Geistes zusammenzuarbeiten. Darauf gab dann ein Mitglied des Gewerksvereins die offene Erklärung ab, daß er, so wie auch voraussichtlich die anderen Mitglieder des Gewerksvereins darauf verzichteten, einer beratigen Organisation noch länger als Mitglied anzugehören, wo derartige Existenzen gehegt und gepflegt würden; es fiel ihm der Austritt besonders schwer, da er dem Gewerksverein schon fünf Jahr als Mitglied angehört und ebenfalls solange Mitglied der Krankenkasse des Gewerksvereins sei. Außerdem wäre es seine Auffassung gewesen, daß ein Mitglied irgend einer Organisation auch die Pflicht habe, voll und ganz für die Entwicklung dieser Organisation einzutreten, was er auch bis zum letzten Augenblick im Gewerksverein getan habe; aber unter diesen Umständen dulde es seine Moral nicht, noch länger Gewerksvereinsmitglied zu sein. Darauf hat der Kollege den gleichen Abend seinen Eintritt in den Holzarbeiterverband vollzogen und die übrigen Gewerksvereinsmitglieder, mit der Ausnahme des toleranten Saalmeisters, der heute als Techniker im Betrieb angestellt und die einzige Säule des Gewerksvereins bildet, geschlossen sich Tags darauf dem Vorgehen dieses Gewerksvereins an.

Dies ist verehrte „Eiche“, der in Eiberfeld-Warmen verübte Organisationszwang seitens des Deutschen Holzarbeiterverbandes, somit ist auch ausser tressendste der Nachsatz Ihrer Barmer Notiz auf den Gewerksverein zurückgeprallt, der da heißt: „Daß für den Holzarbeiterverband die Mitglieder jetzt aber nur noch nach der Quantität und nicht nach der Qualität zu berechnen sind, ist für uns nicht mehr fraglich.“ Der Holzarbeiterverband bedarf derartiger Herren hier am Orte und wohl auch in ganz Deutschland nicht als Mitglieder, die ihre eigene Organisation jedem rechtlich denkenden Kollegen verleben.

Eiberfeld-Warmen, September 1904.

G. Krumbach.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Alle Sendungen für den Verbandsvorstand bitten wir von jetzt an nach Stuttgart, Adlerstr. 43, zu adressieren.

Den nachbenannten Zahlstellen wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. Oktober d. A. den angegebenen Lokalebeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben: Eiberfeld-Warmen 15  $\mathcal{M}$  pro Woche, Eberswalde 15  $\mathcal{M}$  pro Monat.

Wie wir durch zahlreiche Anfragen und Beschwerden erfahren haben, hat die Zahlstelle Friedberg ein Unterstützungsgesuch für einen Kollegen an die übrigen Zahlstellen versandt. Da die betreffenden Anfragen sich wiederholen, so erklären wir hierdurch, daß der Vorstand das Vorgehen der Zahlstelle Friedberg nicht billigen kann, weil es dem Beschluß des Verbandstages (Seite 141 des Protokolls von Nürnberg) zuwiderläuft.

Diejenigen Verbandsmitglieder, welche in diesem Herbst vom Militär freikommen und sich ihre früher erworbenen Mitgliedsrechte im Verband wahren wollen, müssen sich ungefäumt unter Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches in der nächstgelegenen Zahlstelle anmelden. Der Zahlstellenkassierer hat die Wiederanmeldung in das Mitgliedsbuch einzutragen. Diese Mitglieder können, sofern sie vor der Militärszeit mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet und bis zum Eintritt in die Kaserne voll bezahlt haben, jetzt sofort eine Reiselegitimation erhalten und Reiseunterstützung beziehen, jedoch nur nach Maßgabe des alten Statuts, d. h. also nur 2  $\mathcal{M}$  pro Kilometer, jedoch nicht mehr als 75  $\mathcal{M}$  pro Tag und nur bis zum Höchstbetrag von  $\mathcal{M}$ . 20. Der Anspruch auf die Reiseunterstützung des neuen Statuts sowie auf Arbeitslosenunterstützung steht diesen Mitgliedern erst zu, nachdem sie 52 Beiträge à 35  $\mathcal{M}$  entrichtet haben.

Dagegen sind jedoch alle Kollegen, welche nicht mehr im Besitze ihres Mitgliedsbuches sind, d. h. denen dasselbe während ihrer Militärszeit abhanden gekommen ist, stets an den Verbandsvorstand zu verweisen, damit sie sich zunächst dort ein Ersagbuch ausfertigen lassen. Hierbei ist dann neben dem Namen, Gewerbe, Geburtsort und -Datum auch anzugeben, in welchen Zahlstellen (und wann?) das Mitglied bisher Beiträge entrichtet hat. Gleichzeitig sind für das Ersagbuch 40  $\mathcal{M}$  mit einzusenden, worauf die Zusendung desselben umgehend portofrei erfolgt. Ohne Mitgliedsbuch darf also keine Reiselegitimation ausgestellt und keine Reiseunterstützung gezahlt werden.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einrückend müssen, haben ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Verbandsvorstand einzusenden. Die Beiträge

müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellenkassierer eingetragen und abgestempelt sein. Nach beendeter Dienstzeit ist das Mitgliedsbuch sofort von hier einzufordern und die Beitragszahlung in demselben fortzusetzen. An die Militärszeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als beitragsfrei abgestempelt werden, wenn die Zurückmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Unterstützungsansprüche stehen den vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern im Rahmen derjenigen Rechte zu, welche sie vor der Militärszeit erworben hatten.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 58161 Jakob Sturm, Schreiner, geb. 13. 7. 58 zu Loffenan.
- 58880 Philipp Barth, Wagner, geb. 5. 3. 81 zu Calmbach.
- 59953 Friedrich Enßlen, Schreiner, geb. 5. 7. 78 zu Ebbhausen.
- 113166 Karl Kauf, Tischler, geb. 25. 2. 58 zu D.-Pudbiger.
- 114028 Nikolaus Grünbaum, Tischler, geb. 24. 1. 77 zu Neßb-Tour.
- 143243 Rasmus Christensen, Schreiner, geb. 5. 3. 81 zu Marhus.
- 153396 Moritz Kommler, Weizer, geb. 19. 4. 76 zu Friedrichstal.
- 155872 Johann Lührsén, Tischler, geb. 2. 12. 85 zu Schwabenbesthofel.
- 163808 Karl Schneider, Tischler, geb. 1. 5. 77 zu Dombrowe.
- 170065 Anton Keller, Schreiner, geb. 10. 1. 82 zu Karstadt.
- 187576 Otto Mergitz, Korbmacher, geb. 14. 4. 65 zu Landsberg-Stuttgart, den 1. Oktober 1904.

Der Verbandsvorstand.

**Sterbefahel.**

- Josef Schmidt, Schreiner, geb. 2. 10. 63, gest. 25. 9. 04 zu München.
- Henry Maybaum, Tischler, geb. 6. 2. 74 zu Wandsbek, gest. 17. 9. 04 zu Wandsbek.
- Winfens Zwadzkiwiz, geb. 14. 7. 59 zu Kriftburg, gest. 26. 9. 04 zu Dortmund.
- Arthur Rechtenbach, Tischler, geb. 18. 4. 73 zu Stebtén, gest. 18. 9. 04 zu Fibersgehofen.
- Albert Spänn, Schreiner, geb. 5. 12. 73 zu Karst, gest. 25. 9. 04 zu Warmen.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

**Korrespondenzen.**

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Amberg. In einem schwarzen Winkel Bayerns, in Amberg, wo die gewerkschaftliche Bewegung Fuß zu fassen beginnt, ist der größte Teil der dortigen Unternehmer auf die Organisation nicht gut zu sprechen. In den Köpfen dieser Scharmacher ruhmort Stummischer Geist und weche dem, der sich einem Verbands anschließt. Zu diesen Größen in Amberg zählt der Herr v. Sperl und dessen jugendlicher Heißsporn und den Gesellschafter bestehende Kompagnon, Herr Deimer. Diese beiden Herren üben auf ihre Arbeiter, die sich dem Deutschen Holzarbeiterverbande angeschlossen haben, einen unglaublichen Druck aus. Nachdem sie Arbeiter aus verschiedenen Gegenden unter gewissen Verprechungen in die Gefilde Bayerns gelockt haben, erhalten die Verheirateten M. 17, die Ledigen M. 15 Lohn. Jetzt zwingen sie ihre Leute, aus der Organisation auszutreten, obwohl sie nicht im geringsten eine Forderung an ihre Arbeitgeber stellen. Diese Kollegen hatten jedoch noch Rückgrat genug, und stellten sich nicht so gefügig, wie es die Herren wünschten, worauf sämtliche Organisierte (zwei Verheiratete und elf Ledige) gekündigt wurden. Sie sind nun seit Samstag ausgesperrt. An dieser Aussperrung soll auch der Werkmeister, Bergolber Meißner, Schuld tragen. Dieser Mann hat es auch fertig gebracht, seine Chefs derart zu beeinflussen, daß eine Einigung zwischen diesen und den Arbeitern unmöglich war. Der Anwalt der Scharmacherklippe soll ein hiesiger Millionär, bekannter Kommerzienrat und großer Fabrikbesitzer sein; auch in diesem Falle hat er nach Aussage der Herren Sperl und Deimer erklärt, daß er in seinem Betriebe keine organisierten Arbeiter dulde, und sein Vorgehen müßte Nachahmung finden; die Organisationsbestrebungen mit ihren Folgen müssen im Keime erstickt werden. In Amberg sei es noch leicht, ein solches Exempel zu statuieren, Was würde man aber sagen, wenn von der Arbeiterbevölkerung gegen Arbeitgeberverbände so verfahren würde? Was obiges Geschäft für seine auf solch rückwärtslose Weise entfernten Arbeiter als Ersatz erhält, zeigt die Aussage eines Arbeitswilligen, welcher erklärte, ich muß arbeiten, denn ich habe polizeilichen Arbeitsauftrag. Zum Schluß sei noch der schönen Kaiserworte gedacht: „Strafe dem, der seinen Nächsten an der Arbeit verhindert.“ hier könnten sie auch Anwendung finden.

Vernau. Kollege Dreßler aus Burg beschäftigte sich in seinem Eingekant in Nr. 30 auch mit unserer Zahlstelle. Dieser besteht nicht, wie er irrthümlich annimmt, seit 18 Jahren, sondern erst seit 1894, ging 1897 wieder ein, wurde bald darauf neu gegründet und ging 1899 zum zweiten Mal ein. Seit der letzten Gründung haben wir es auf 96 Mitglieder gebracht. Leider hat der schlechte Zusammenhalt der Kollegen dahin geführt, daß die Unternehmer es leicht hatten, die Löhne immer tiefer herabzudrücken. Für  $\frac{1}{4}$  Dinge gab's 1901 M. 1,80 für Drehen und M. 1,50 für Polieren — heute nur M. 1,50 bzw. M. 1,30; für Kugeln gab's 1901 M. 6 für Drehen und M. 4,50 für Polieren — jetzt M. 5 bzw. M. 3,50. Von den 87 Kollegen haben 22 einen Lohn von M. 12—15, 30 M. 15—18, 26 M. 18—21, 4 M. 21—24 und 5 M. 24—27. Wenn sich ein höherer Lohn als aus der vom Verband veranstalteten Enquete ersichtlich ist, herausstellt, so ist das lediglich auf ein intensiveres Arbeiten zurückzuführen. Kollegen, die hier zugereist kommen und auf diese Artikel nicht eingearbeitet sind, verdienen pro Woche M. 9—12, kehren aber Vernau gar bald wieder den Rücken.

Die Kollegen am Orte sollten mehr als bisher unter den Berufsgenossen agitieren, damit alle dem Verbands beitreten; dann wird es auch möglich sein, auf die Hilfe des Hauptvorstandes im Falle rühmlichen Vorgehens rechnen zu können.

Tannenberg. Hier wurde unter Mitwirkung des Hauptvorstehers, Kollegen Neumann-Damburg, eine Zahlstelle errichtet, der 16 Kollegen als Mitglieder angehören. Wir wollen uns redlich Mühe geben, daß diese Zahl sich bald verdoppelt, wissen wir doch, daß es nur dann erst besser werden kann, wenn alle Kollegen am Orte einig sind und wollen, daß es besser wird.

Düsseldorf. Am 19. September nahmen die hiesigen Holzarbeiter in einer überfüllten Versammlung Stellung zu der Bremer Aussperrung. Kollege B. Schneider referierte über: „Die Bremer Aussperrung und das Verhalten der Düsseldorf-Unternehmer.“ Meiner schätzte die Ursachen sowie den bisherigen Verlauf der Aussperrung, die den Lesern schon durch die „Holzarbeiter-Zeitung“ bekannt sind, und kam dann auf das Verhalten der hiesigen Arbeitgeber zu sprechen. Verschiedene Unternehmer haben bereits eingestellte Bremer Kollegen nach einigen Tagen wieder entlassen. Ferner soll, wie uns von Bremen mitgeteilt wurde, ein Posten Lützen nach dort hier angefertigt worden sein. Der Referent meint, wenn unsere Düsseldorf-Unternehmer etwa meinten, die hiesigen Kollegen gegen die Bremer auszuspielen, so könnten sie sich eventuell schwer ins Fleisch schneiden. Auch könnte es den hiesigen Kollegen leicht einfallen, bei weiteren Entlassungen von Bremer Kollegen mit diesen die Fabrik so lange zu verlassen, bis sie sich dazu bequemen, auch Bremer Kollegen zu beschäftigen. Nachdem er die hiesigen Unternehmer noch in allen Teilen als genau so rücksichtslos und herrschsüchtig wie deren Kollegen in Bremen geschildert, ging er zu unserer Polizei, die in puncto Unterdrückung der Arbeiterkämpfe der Bremer nicht nachsteht. Meiner schätzte außer den Vorkommnissen beim vorjährigen Streik bei Junke den neuesten Fall bei Gebr. Schöndorf. Dort hat die Polizei dem Unternehmer ihre Dienste angeboten in dem Augenblicke, als der Unternehmer bereits mit seinen Arbeitern in Einigungsverhandlungen stand. Mit großer Heiterkeit nahm die Versammlung Kenntnis, auf welche Weise Herr Schöndorf die dienstbereite Polizei in ihre Schranken verwies. Die Spannung, mit dem die Zuhörer dem Redner folgten, sowie der laute Beifall bewiesen, daß die Düsseldorf-Kollegen der Bremer Aussperrung auch in Zukunft ihr volles Augenmerk schenken werden. Eine Resolution, in der den Bremer Kollegen volle Sympathie und moralische Unterstützung versichert wird (für die Finanzen sorgt ja der Verband) und für kräftiges Agitieren für den Deutschen Holzarbeiter-Verband Sorge zu tragen, findet einstimmige Annahme. Kollege Richter berichtet hierauf über unsere letzten Lohnbewegungen am Orte. Der Parteilagerstreik ist bei sämtlichen Firmen durch Annahme des Tarifs zu unseren Gunsten erledigt. Zu dem Streik bei Haberlang & Finjen ist zu bemerken, daß alle Streikbrecher bis auf einen den Betrieb wieder verlassen haben. Dergleichen ist die Firma Wilmer, die Streikarbeit lieferte, gesperrt. Die dortigen Kollegen verlassen den Arbeitsplatz. Der Streik steht also günstiger als je.

Eisenberg. Am 17. September sprach hier Kollege Thiele-mann-Chemnitz über: „Moderne Gewerkschaften und moderne Lohnkämpfe.“ Redner erläuterte zunächst durch Zahlen, welche Vorteile die modernen Gewerkschaften gegenüber den Hirschen-Dunkerschen und Christlichen bieten, da sie viel größer und viel leistungsfähiger seien. Hätte doch niemand geglaubt, daß in absehbarer Zeit eine Million deutscher Arbeiter in die modernen Gewerkschaften zu bringen seien, heute ist es jedoch feststehende Tatsache. Er ermahnt daher die anwesenden Unorganisierten, nicht mit verstreuten Armen zuzufehen, wie sich ihre Nebenkollegen abmühen für bessere Arbeitsbedingungen, sondern selbst mit Hand ans Werk zu legen. Nachdem weiter das Wachsthum der Gewerkschaften klargelegt war, geht Redner zu dem edlen Menschenjunge der Arbeitswilligen über. Ueberall wurde großes Geschrei gemacht nach mehr Schutz für die Arbeitswilligen, trotzdem man sich doch wahrlich nicht beschweren kann, daß sie nicht geschützt würden, im Gegenteil noch alles getan werde zur Unterdrückung der Organisierten. Die Zeit möge nicht mehr fern sein, wo alle organisiert wären, dann gäbe es keine Arbeitswilligen mehr. Ein großer Fehler sei es, wenn erst an die Organisation gedacht würde, wenn etwas vorkäme, es müßte dann immer gewartet werden und oft sei dann der günstige Moment vorbei. Wären jedoch die Arbeiter gut organisiert, seien sie jederzeit schlagfertig und es würde viel erreicht, oft ohne Arbeitsleistung. Der zweite Punkt der Tagesordnung war: „Die Verhältnisse in der Musikinstrumenten-Industrie.“ Diese ist hier stark vertreten. Nach der vom Verbandsvorstand herausgegebenen Statistik stehen die Löhne der hiesigen Pianofortarbeiter an dritter Stelle von unten herauf. So ist der Durchschnittslohn hier noch nicht ganz M. 19, wohingegen in Hamburg M. 30; daß ist doch ein himmelweiter Unterschied, und ist doch gar nicht von der Hand zu weisen, daß die hiesigen Arbeiter denen in den Großstädten Konkurrenz machen. Hat doch auch ein hiesiger Pianofortfabrikant auf die Frage eines seiner Abnehmer, wie es möglich sei so billig zu liefern, geäußert: „Ja, ich habe billige Arbeitskräfte.“ Kollegen, wenn das nicht die Augen öffnet, der muß mit Blindheit geschlagen sein. Es ist die höchste Zeit, daß sich die in den Pianofortfabriken beschäftigten Kollegen aufrufen und für bessere menschenwürdigeren Verhältnisse einsetzen. Sie sind das ihren Kindern schuldig. Ein jeder spürt seine mitleidige Lage und es wäre unverantwortlich, wollten sie nicht dafür Sorge tragen, daß ihnen und ihren Kindern ein besseres Dasein geschaffen wird. In der Diskussion, an welcher sich verschiedene Kollegen beteiligten, wurden verschiedene verbesserungsbedürftige Verhältnisse zur Sprache gebracht. So besteht in fünf Pianofortfabriken dreierlei Arbeitszeit und soll dahin gewirkt werden, daß möglichst bald die kürzeste (56½ Stunden) überall zur Einführung gelange. Ein weiterer Uebelstand ist der, daß noch vierteljährlich gerechnet wird, und es eine ganze Anzahl Kollegen gibt, welche mit M. 12 und 15 Abschlag nach Hause gehen, somit dem Fabrikanten ihr Geld zur Verfügung stellen und damit arbeiten lassen (natürlich ohne Zinsen). Eine Resolution, welche verspricht für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, fand Annahme und hoffen wir, daß jeder der dafür gestimmt hat auch seine Pflicht erfüllt. Kollegen! Sie sehen und wissen alle, daß es so nicht weiter gehen kann, also tue jeder seine Pflicht, und die besteht in erster Linie darin: ein jeder suche seine unorganisierten Nebenkollegen für uns zu gewinnen, wer nicht will, der muß verachtet werden, das ist eine schwere aber gerechte Strafe. Eine zweite Pflicht besteht darin, alle Mängel und Schwächen in den Versammlungen vorzubringen. Schwere sich niemand vor der Berräterei und dem eventuellen Hinausfliegen, jetzt werden

Deute gebraucht, ist es nicht dort, ist es wo anders und vielleicht sind die Zuträger der Fabrikanten, wenn sich die Fälle mehrern, herauszutragen. Eine dritte Pflicht ist, jede Veranlassung zu beschaffen. Das Schlupfen auf der Vierbank oder die Faust in der Tasche machen hilft nichts, nur gemeinschaftlich mit den Kollegen kann für Besserstellung eingetreten werden. Noch eins an die auswärtigen Kollegen. In letzter Zeit sind verschiedene verheiratete Kollegen hier zugezogen, welche es schon bereut haben, und möchten wir bitten, die Inserate in auswärtigen Zeitungen nicht zu beachten. Nicht etwa, weil wir hübsch unter uns bleiben wollen, nein, nur um uns vor späteren Vorwürfen zu schützen, es könnte nachher gesagt werden: "Warum habt Ihr die Zustände nicht veröffentlicht?" Zudem Sie den Bezug möglichst fern halten, unterstützen Sie uns in dem Bestreben, bessere Verhältnisse zu schaffen. — Am 22. September wurde bei Knobloch & Knopfe die wöchentliche 85stündige Arbeitszeit bewilligt.

NB. Die reisenden Kollegen bitten wir, das Anschauen zu unterlassen. Der Arbeitsnachweis befindet sich: Trebe 18.

**Hannover.** (Korbmacher.) Hier am Orte sind Zustände eingetretten, welche zu beklagen unsere Aufgabe ist. Unsere Kollegen sehen sich endlich genötigt, im Interesse ihrer recht nützlichen Lage den Preis für die Arbeit in allen Werkstätten gleich zu gestalten. Bis jetzt herrschte hierin eine große Zersplittertheit und hat das erste energische Vorgehen unsererseits das gute gezeitigt, daß auch in den weitest zurückgebliebenen Werkstätten jetzt der richtige Preis bezahlt wird. In Kürze werden wir unseren revidierten Lohnarif allgemein eingeführt sehen und gehen wir dann jedenfalls einer besseren Konjunktur entgegen. Bemerken wollen wir noch, daß wir an jeden letzten Sonntag im Monat Versammlung hier am Orte im Gewerkschaftshaus, Calenbergerstraße, haben. Anschauen am Orte ist verboten, Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus.

**Serschedorf i. Ngeb.** Nach Hirschberg können nunmehr auch die Kollegen der hiesigen Zählstelle auf eine ohne Arbeits-einstellung zu ihren Gunsten beendete Lohnbewegung zurückblicken. Erreicht wurde bei der Firma Gebr. Walsch: 1. eine Erhöhung der Löhne und Akkordpreise um 5 Pct.; 2. Sicherung des vereinbarten Lohnes bei erstmaliger Aufertigung von Arbeiten und gilt der also erzielte Preis als Akkordpreis bei abermaliger Aufertigung derselben Arbeit; 3. Ueberarbeit wird pro Stunde mit 10 Pct. Zuschlag vergütet; 4. bei Montagearbeit wird Kost und Logis vom Arbeitgeber bezahlt. In Warmbrunn wurde für die Kollegen der „Gräflich-Schaffgotschen Niesegebirgs-Holzindustrie“ folgendes vereinbart: 1. Erhöhung einzelner Akkordpreise um 8 bis 10 Pct.; 2. Sicherung eines Stundenlohnes von 30 M für Tischler, welche ein einfaches, glattes, furniertes Stück Möbel herstellen können; 3. für Ueberstunden ein Zuschlag von 30 Pct.; 4. Versammlung, entstehend durch Kontrollverhandlungen und Feuerlöschiensdienste, werden zu obigem Stundenlohn vergütet; 5. die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkasse seitens der Arbeitnehmer bilden den Arbeiterschuß. Derselbe hat die Pflicht, alle Wünsche, Beschwerden etc., der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter sofort der Betriebsleitung zu übermitteln. Dieses sind die hauptsächlichsten Punkte der mit dem Fabrikbesitzer abgeschlossenen schriftlichen Vereinbarungen. Kollegen! Es gilt nun, das Erreichte auch hoch zu halten und in allen Stücken zu respektieren. Vor allem aber heißt es jetzt, eifrig an den weiteren Ausbau und der inneren Festigung unserer Organisation zu arbeiten, was leider bisher noch viel zu wünschen übrig läßt. Nur wenn ein jeder nach dieser Richtung hin seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, wird es möglich sein, in Zukunft weitere Erfolge erzielen zu können.

Im Anschluß hieran sehe ich mich gegenüber der „Gräflich-Schaffgotschen Niesegebirgs-Holzindustrie“ verpflichtet, folgende Erklärung abzugeben: „Die Löhne, sowie die Einrichtungen dieses Betriebes sind unterseits zu wiederholten Malen einer abfälligen Kritik unterzogen worden, die aber meistens auf falschen Informationen beruhten. So unter anderem auch in einem Artikel dieser Zeitung in Nr. 13 vom vorigen Jahr. Die in diesem Artikel behaupteten Tatsachen entsprechen insofern nicht der Wirklichkeit, indem die dort angeführten Löhne nicht an „alte eingerichtete“ Möbelschleifer gezahlt worden sind, sondern dieses erst neu in die Fabrik eingetretene Arbeiter betraf. Auf Grund eingesehener Lohnlisten von 1903 kann ich in bezug auf dieses konstatieren, daß andere Arbeiter bei derselben Arbeit auf ihren Lohn und darüber hinaus gekommen sind. Was weiter in diesem Artikel in bezug auf die Einrichtungen des Betriebes gesagt ist, findet dahingehend seine Richtigkeit, daß damals der Betrieb einer Neu-einrichtung unterzogen war und dadurch diese Mängel nur vorübergehend vorhanden waren.

Um den Kollegen Deutschlands ein richtiges Bild über die Arbeitsbedingungen in diesem Betrieb zu geben, gebe ich das Ergebnis eingehender Prüfung der Löhne auf Grund der Lohnlisten bekannt: demnach haben verdient Tischler im Jahr 1902 im Durchschnitt M. 16,75, im Jahr 1903 betrug der Durchschnittsverdienst M. 17,66 und bis Ende Juli 1904 betrug derselbe M. 18,96. Es hat sich mithin der Durchschnittsverdienst in diesem Zeitraum um ca. 13 Pct. gebessert. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 58 Stunden.

Mit dieser Erklärung will ich nicht etwa eine Lobeshymne über die Löhne und Einrichtungen dieses Betriebes annehmen, sondern ich will hiermit in Erkenntnis eines begangenen Unrechts nur der Wahrheit die Ehre geben.

Carl Dietrich, Gaudvorsteher.

**Kelbra.** Am 25. September wurde seit langer Zeit eine Mitgliederversammlung abgehalten. Kollege Lampers führte den Kollegen vor Augen, daß dieser Zustand, in welchem unsere Zählstelle geraten sei, nicht so weiterbestehen könnte. Es müßte jeder Kollege die Lausheit abschütteln und voll und ganz für die Organisation eintreten. Leider sei heute wieder nur die Hälfte der Kollegen anwesend. Da es den Anschein habe, als ob der Geschäftsgang wieder ein besserer sei, wäre es nun auch endlich an der Zeit, wieder ernstlich an den Ausbau unserer Zählstelle heranzugehen. Der Schriftführer erklärte, daß jetzt zu einer Agitation die geeignete Zeit sei; denn da in letzter Zeit eine ganze Anzahl Mängel vorgekommen seien und noch vorkommen, so müsse gleich von Anfang daran gegangen werden, dieselben für unsere Organisation zurückzugewinnen. Auch auf die zurückgekehrten Mitglieder müßte mehr Augenmerk gerichtet werden und es die Kräftevereine ihrer habhaft werden könnten, müßten wir sie in unsern Reihen gezogen haben. Dies Angeführte sei für ihn der Grund gewesen, die Umbearbeitung einer Versammlung zu beantragen. Die Mitglieder gaben dann ihren Unwillen kund über die Unachtsamkeit mehrerer Kollegen, die die Unerfüllung des Verbandes in volstem Maße in Anspruch

nahmen und dann dem Verbands den Rücken kehrten. Es wurde dies als eine schlechte Handlungsweise bezeichnet. Der Kassierer sagt, daß die Beiträge nicht mit der gewünschten Pünktlichkeit eingingen. Es stellte sich aber doch heraus, daß mit Ausnahme von 2 Mitgliedern, welche mit 8 resp. 12 Wochenbeiträgen im Rückstande waren, aber Stundung beantragt hatten, der Stand der Kasse nicht als ungünstig bezeichnet werden konnte. Einstimmig wurde hierauf beschlossen, die Versammlungen auf den Sonntag zu verlegen und zwar jeden Sonntag nach dem Ersten. Weiter wurde beschlossen, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Organisation. Die Einladung der nicht zum Verband gehörenden Kollegen solle durch Stadtpostkarte erfolgen. Mit Freude wurde die Nachricht der Nummer 39 der „Holzarbeiter-Zeitung“ begrüßt, wonach selbige eine Auflage von 100 000 überschritten habe und die Mitgliederzahl diese beträchtliche Höhe bald erreicht haben würde. Allseitig wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß bei dem jetzt besser gewordenen Geschäftsgange auch die Zählstelle wieder emporsteigen müßte, woran jeder mithelfen sich verpflichtete. Leider zeigte diese Versammlung, daß die Hälfte der Mitglieder sich noch immer gleichgültig verhalte. Kollegen, wann soll das anders werden, soll Euch Eure traurige Lage noch deutlicher vor Augen geführt werden, als es in der nun alljährlich überstandenen Krisis geschehen ist? Müßen sich die Klagengegenstände noch mehr verschärfen, ehe Ihr zur vollen Erkenntnis Eures traurigen Daseins kommt. Nein, gewiß nicht! Mehr als uns bisher geboten worden ist, ist nicht nötig, ein jeder, auch der Beschränkteste, muß nach dem in den letzten Jahren erlebten wissen, wo er als Arbeiter hingehört. Darum alles andere beiseite liegen lassen, alle die Versammlungen regelmäßig besuchen und immer mehr Kollegen über die Möglichkeit des Verbandes aufklären, dann wird auch hier wieder mehr Leben in unsere Reihen kommen und wir können dann stolz sagen, auch wir haben mit dazu beigetragen, daß die 100 000 bedeutend überschritten sind.

**München-Grubbad.** In einer öffentlichen Holzarbeiter-versammlung am 25. September sprach Kollege Hartung aus Gersfeld, über: „Die kulturelle Bedeutung des deutschen Holzarbeiterverbandes“. An der Hand zahlreicher Beispiele verstand es Redner, indem er den großen Aufschwung, die erfolgreichen Lohnbewegungen und sonstige vorzüglichen Einrichtungen erwähnt, den Anwesenden die eminente Bedeutung des Verbandes zu beweisen. Die Versammlung spendete dem Referenten reichen Beifall für seine vorzüglichen Ausführungen. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen über die Mißstände der hiesigen Gegenden, wobei sie die Quertreibereien der christlichen Gewerkschaften erwähnten. Trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden an die anwesenden Christlichen, welche sich während des Referats durch lautes Lachen vernehmbar gemacht hatten, sich an der Diskussion zu beteiligen, zeigten sich dieselben zu feige, das Wort zu ergreifen, woraus man annehmen mußte, daß dieselben über ihre eigene Dummheit gelacht haben. Die Versammlung hatte leider nicht den gewünschten Besuch zu verzeichnen, trotzdem die Lokalverwaltung sich die größte Mühe gegeben und circa 250 persönliche Einladungen verandt hatte.

**Münberg.** Ueber: „Wert und Bedeutung der Tarifgemeinschaften“ referierte in einer Mitgliederversammlung der Wirten- und Pinselmacher Chefredakteur Genosse Dr. Braun. Redner führte u. a. aus: Das Prinzip der Gewerkschaftsbewegung sei Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dies könne jedoch am besten bewirkt werden, wenn eine starke Organisation Tarifverträge zum Vorteil der Mitglieder zu stande bringe. Nicht immer werden Tarife zum Nutzen der Arbeiter vereinbart, da Voraussetzung eines vorteilhaften Tarifes stets eine starke, gute Organisation sein müsse. Es sei falsch, anzunehmen, daß wenn günstige Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Unternehmern zu stande kommen, schon Frieden für immer geschlossen sei. Die Arbeiter müssen, wenn günstige Vereinbarungen erzielt wurden, mit doppeltem Eifer darauf bedacht sein, das Erreichte festzuhalten, um weiter bauen zu können an dem Ziele „Erwerbung des vollen Arbeitsertrages“. Redner führt sodann verschiedene Organisationen an, welche teils Tarifvereinbarungen für ganz Deutschland, teils für bestimmte Orte zu stande gebracht haben. Er wünscht, daß die Mitglieder dahin trachten möchten, daß auch in der Wirten- und Pinselindustrie eine Tarifgemeinschaft erzielt werde. Veranlassung dürfte genug vorhanden sein. Doch müße es allen Arbeitern und Arbeiterinnen klar sein, daß nichts Notwendigeres zur Verbesserung ihrer Lage existiert, als die gewerkschaftliche Organisation, denn nur mit Hilfe derselben könnten auch für die Wirten- und Pinselindustrie Vereinbarungen getroffen werden, welche von ausschlaggebender Bedeutung für die Erhöhung der Lebenshaltung und Lebensbedürfnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen sein würde. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Mitglieder für das Zustandekommen einer Tarifgemeinschaft aus und glauben, daß die Schmutzkonkurrenz dadurch beseitigt werden könne. Zum Schluß wurde einstimmig folgender Antrag angenommen: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, eine Statistik zur Kenntnisnahme der Lage und Organisationsverhältnisse der Wirten- und Pinselmacher Deutschlands herauszugeben.“

**Walheim.** Kollege Weier aus Geringswalde hielt uns hier einen recht interessanten Vortrag. Leider war die Versammlung nicht so besucht, als es erwünscht war. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag kam es zu einer Diskussion über die Zweckmäßigkeit eines Lokalbeitrages von 5 M pro Woche. Mehrere Kollegen sprachen sich gegen die Einführung aus, weil sie eine Minderung der Mitgliederzahl befürchteten. Kollege Weier machte darauf aufmerksam, daß der Lokalbeitrag lediglich den Kollegen am Orte bei diversen Anlässen, sei es bei Streiks usw., zu gute käme. Beschlossen wurde, darüber eine Urabstimmung unter den Mitgliedern vorzunehmen.

**Wangen i. Allgäu.** Am 17. und 18. September fanden in Leutkirch und Wangen im Allgäu Holzarbeiterversammlungen statt, in welchen Kollege Ott aus Wiberach referierte über das Thema: „Warum ist es notwendig, daß sich die Kollegen in den kleinen Städten organisieren.“ Redner verstand es, den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation auch in den kleinen Orten in leicht faßlicher Weise zu erklären, indem er darauf hinwies, daß die Lohnbewegungen in den größeren Städten durch Zugang indifferenten Kollegen aus der Provinz schon oft zum eigenen Schaden resultatlos verlaufen müßten und daß die kleineren Orte noch lange auf eine Besserstellung warten müßten, wenn die Kollegen sich nicht organisieren und selbst Hand ans Werk legen. Gerade im württembergischen Oberland existieren noch die traurigsten Verhältnisse. Besonders bei den Stellmachern

(Wagner) existiert noch eine 12-14stündige Arbeitszeit bei den denkbar niedrigsten Löhnen. M. 5, 6 und 7 Wochenlohn und sogar zur Sommerzeit arbeiten diese Kollegen bei Licht. Es betrifft dies zwei Wagnerwerkstätten mit Maschinenbetrieb von Wangen, in welchen vier und mehr Gehilfen beschäftigt werden. In einer Versammlung läßt sich aber niemals einer blicken; daß die Arbeiter ihre Klassenlage nicht begreifen lernen, dafür sorgen die Arbeitgeber am besten. Da diese Kollegen sich eine christliche Holzarbeiterzählstelle errichtet haben, wird sich bald zeigen, ob die Christlichen gewillt und in der Lage sind, die schrecklichsten Mißstände zu beseitigen; dazu gehört aber etwas Energie, und an dieser hat es bei den Christlichen immer etwas gehapert. Wenn die Kollegen an beiden Orten es sich angelegen sein lassen, die Agitation mit etwas mehr Energie zu betreiben, so wird auch in dieser dunklen Ecke mit der Zeit etwas zu erreichen sein.

**Wriezen.** Ueber Zweck und Nutzen des Holzarbeiterverbandes referierte hier eingehend Kollege Gläß aus Berlin, am Schluß zu regem Anschluß auffordernd. Leider blieb die Mühe unbekannt, denn viele der hiesigen Kollegen meinen ohne einen Verband auskommen zu können, da ihnen ja nichts passieren könne. Nun, die Zeit wird schon noch kommen, wo sie ihre heutige Einsichtslosigkeit noch einmal bitter bereuen werden.

**Eingefandt.**

Breslau, den 18. September, 1904.

Das erhöhte Interesse, welches sich in Nr. 38 der „Holzarbeiterzeitung“ den Drechslern zuwendet, veranlaßt mich, noch einmal das Wort zu nehmen. Zunächst muß ich dem Hauptvorstand beipflichten, wenn eine Statistik für Drechsler seine Zustimmung nicht findet. Es würde im weitestlichen kein anderes Bild herauskommen, als die allgemeine Statistik bietet. Wenn ferner die Drechsler des Berliner Gaus eine Konferenz auf ihre Kosten veranstalten, so würde ich wirklich nicht, was man hier einwenden soll. Zweifellos ist diese Konferenz das Produkt reiflicher Erwägung. Kollege Drechsler hat ausschließlich die Drechsler der Massenartikelbranche im Auge, während Kollege Höhne-Görlich auch für die Kollegen der anderen Branchen eintritt und zwar meines Erachtens nach sehr mit Recht. Die Krise und der neue Stil haben uns Drechslern berakt tiefe Wunden geschlagen, daß kein Mittel unverzucht bleiben sollte zur wirtschaftlichen Hebung ihrer Lage. Gewiß ist in einer Konferenz nicht alles Heil zu erblicken, aber die Wais zu einem einheitlichen Vorgehen könnte schon geschaffen werden. Ich bemerkte schon in meinem ersten Artikel, daß es ein schweres Stück Arbeit sein dürfte, aber die Gewißheit, daß allerorts in denselben Sinne gearbeitet wird, regt die Lust zur Agitation ganz bedeutend an. Die Schmutzkonkurrenz der Kleinmeister einzuschränken (eine vollständige Beseitigung dürfte sich in absehbarer Zeit nicht herbeiführen lassen) müßte unser erstes Bestreben sein. Ist es nicht geradezu ein Schand, wenn man hört, daß diese Angestrichelten ihre Arbeit mit Material für denselben Preis anbieten, den ein besserer Meister als Arbeitslohn bezahlt? So ließe sich ja noch unendlich viel anführen, aber ich meine, zu gegebener Zeit praktische Arbeit leisten, ist wertvoller, als den beschränkten Raum unseres Verbandsorgans zu belasten. Die letztere Bemerkung gilt selbstverständlich nur für mich und würde es mich freuen, wenn sich noch mehr Kollegen äußern würden.

M. Peterhansel, Drechsler.

**Leitensfabrik Pasing-München.**

In Nr. 39 der „Holzarb.-Ztg.“ steht eine sogenannte Erklärung des Arbeiterausschusses genannter Fabrik mit voller Namensunterchrift der betreffenden Herren. Dieser Dank hierfür von Seiten der im Streik gestandenen Kollegen und Kolleginnen sei ihnen hier gezollt. Was die Streikleitung bis jetzt beigefahren hat, hat in liebenswürdiger Weise Herr Gutleben selbst gemacht, nämlich die Namensnennung der Streikbrecher-Matadore. Kollegen Deutschlands, schneidet diese Namen aus und klebt sie an Eure Zeugrahmen, merkt sie Euch recht genau, denn heute schon kurzieren Gerichte, daß Gutleben seine alten Arbeiter wieder einstellen will und zwar zu besseren Bedingungen, weil mit der Streikbrechergeellschaft keine ordentliche Ware geliefert werden kann. Beweise hierfür liefern die Beschwerden der Reisenden und die vielerlei Reklamationen. Da es leicht möglich, daß man mit dem einen oder anderen dieser Herren Streikbrecher in Verührung kommt, wenn, wie wir aus Erfahrungen wissen, der Fabrikant meist diese Spezialmenschen recht schlecht für ihre Liebesdienste entlohnt. Da empfehlen wir einen W a t h a u s S t e i n b r e c h e r, wohl der Herborragendste seiner Art, der von den 106 in der Fabrik vor dem Streik Beschäftigten, der Einzige war, der stehen geblieben ist, während 105 in den Streik traten. Dann folgt A u t o n W e b e r, der jahrelang sein schönes Auskommen in Kalkeneck bei Passau fand. Mit der Ausrede, er fahre nach Kempten um dort einen Werkführerposten anzutreten, duplierte er selbst seine Arbeitgeber, wie uns diese versicherten, durch Fälschung des Frachtbriefes über seine Möbel usw. und fuhr direkt während des Streikes nach Pasing. Diesen beiden ebenbürtig reißt sich F r a n z W a u e r, der rote Bauer wie er allgemein heißt, an. Im Streik mit beteiligt, in Versammlungen auch dann und wann mal das große Wort führend, bezog er zwar die Streikunterstützung, war aber der erste, der sich als Vorkreuzstreikbrecher anstellen ließ. Ihnen reihen sich würdig die Anderen im Bunde an. So, Kollegen, kommt der unfreiwillige Humor zur Geltung, daß ein Fabrikant seine herborragendsten Streikbrecher in der Öffentlichkeit gebrandmarkt hat. Jedenfalls ein neuer Trick der Unternehmer.

Aus der Erklärung selbst ziehen wohl die Kollegen ihre Lehren. Unter M. 2,80 soll keiner dort verdienen? Nehmen wir eine volle Woche an, so verdient ein Arbeiter mit Abzug des Krankengeldes M. 16. Hierzu geistelt sich noch das raffiniert betriebene Strafsystem. In der letzten Woche vor dem Streik wurde sämtlichen also 106 Arbeitern M. 1 Strafe vom Lohn abgezogen für ein angebliches Vergehen eines Schreiners. Das ist doch sicher ein Eldorado für Arbeiter. Sehr vorsichtig sprechen sich die Herren mit den gelernten Arbeitern aus. Weißt verdienen solche mehr, heißt es in der Erklärung. Es wird also auch hier zugestanden, daß genug mit dem obigen Lohne von M. 2,80 bis M. 3 abbei sind. Wie diese Herren dazu kommen zu sagen, daß alle Arbeiter in der Fabrik mit ihrem Lohn zufrieden sind, können wir nicht recht verstehen. Zugeben muß Gutleben mit seinen Helfershelfern aber, daß schon viele Kollegen, die nach dem Streik eingestellt wurden, die Bude wegen zu schlechter Entlohnung wiederholt verließen.

Wir aber wollen diesmal Herrn Gutleben den Gefallen tun, die nach dem Geschickerten noch Lust zeigen nach Pasing zu kommen, aufzumuntern, doch ihre weit besser bezahlten Plätze in Fürth, Leipzig, Berlin etc. zu verlassen und mit denen in der Reibstiftfabrik Pasing-München zu vertauschen.

**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung, Pantinenmacher!**

Die letzte Versammlung der Pantinenmacher in Celle war nur sehr mangelhaft besucht. Es waren von den in circa 20 Werkstätten Beschäftigten, welche ausgeschrieben waren, einen oder mehrere Delegierte zu senden, nur neun Mann erschienen, die anderen hatten es nicht einmal der Mühe wert gehalten, uns Nachricht zukommen zu lassen. Denjenigen Kollegen, welche in der Versammlung zugegen waren und für den Holzarbeiterverband gestimmt haben, möchte ich ans Herz legen, mit allen Kräften dahin zu streben, daß sich sämtliche Kollegen diesem Verbands anschließen; denn ein selbständiger Pantinenmacherverband würde sich doch nach kurzem Bestehen wieder auflösen müssen. Da nun am 9. Oktober, Vormittags 11 Uhr, wieder eine Versammlung der Pantinenmacher in Celle, Ringstr. 53, stattfindet, so möchte ich die Kollegen bitten, einen oder mehrere Delegierte dorthin zu senden, damit der Besuch in dieser Versammlung zahlreicher wird als er in Celle war. Zu dieser Versammlung hat sich schon je ein Kollege aus Berlin und Gießen angemeldet. Die Kollegen aber, welche behindert sind, in die Versammlung zu kommen, bitte ich, ihr Einverständnis hierzu geben zu wollen. Alle Leser dieser Zeitung bitte ich, die Pantinenmacher auf diese Versammlung nach Möglichkeit aufmerksam zu machen.

H. Steinmann, Pantinenmacher, Celle, Braunehrstr. 29.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

**Der erste Tarif in der Berliner Stockindustrie.** Das Einigungsamt des Gewerbegerichts findet immer mehr Anklang auch seitens kleiner Betriebe. Seit Monaten stritten die Arbeiter der Stockfabrik Schönfeld & Co. um einen Tarif, wobei es sogar zur sechsstägigen Arbeits einstellen kam. Diefelbe wurde beigelegt, indem die Firma den Tarif unterchriftlich anerkannte und sich verpflichtete, aus Anlaß des Streiks keinerlei Maßnahmen vorzunehmen. Trotz alledem nahmen die Streitigkeiten kein Ende. Die Entlassung eines Arbeiters infolge von Tarifstreitigkeiten faßten die Arbeiter des Betriebes als Maßregelung auf und hätte dieser Streikfall nahezu wieder zur Arbeits einstellen geführt. Als am folgenden Montag unter Beteiligung eines Vertreters des Holzarbeiterverbandes die Werkstattkommission bei den Firmeneinhabern vorstellig wurde, um den Streikfall beizulegen, einigte man sich nach zweifelhafte Verhandlungen dahin, das Einigungsamt anzurufen und wurde seitens der Firmeneinhaber bis zur erfolgten Einigung der Betrieb geschlossen. Noch am selben Tage wurden die Verhandlungen aufgenommen. Es wurde eine Einigung auf der Grundlage erzielt, daß über die streitigen Positionen des Tarifs Klarheit geschaffen wurde. Die Arbeiter verzichteten auf die Wiedereinstellung des Entlassenen, und die Internenieur verpflichteten sich, an dessen Stelle einen von der Gewerkschaft gestellten Arbeiter einzustellen. Außerdem wurde eine Schlichtungskommission eingesetzt, welche alle Streitigkeiten, insbesondere Tarifstreitigkeiten, beizulegen hat. Kam innerhalb dieser Kommission eine Einigung nicht herbeigeführt werden, ist das Einigungsamt anzurufen, dessen Entscheidung beide Teile sich fügen. Der Tarif gilt bis zum 1. Januar 1907. Es ist dieses der erste Tarif, der innerhalb der Stockindustrie rechtsverbindlich festgelegt ist. Hoffentlich folgen andere Betriebe dem Vorgehen der Firma Schönfeld & Co.

Ein recht achtungswerten Erfolg haben unsere Kollegen in Mühlheim a. d. Ruhr durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern, ohne daß es einer Arbeitsniederlegung bedurfte, erreicht. In einer zweiten, am 19. September stattgefundenen Verhandlung wurde dem Inhalte gemäß nachfolgender Tarif abgeschlossen:

1. An Stelle der bisherigen eifständigen Arbeitszeit tritt ab 1. November d. J. die sechsständige, unter Weiterbezahlung des bisher verdienten Tagelohnes.
  2. Der Mindestlohn beträgt 45  $\%$  pro Stunde. Gehilfen, die durch Invalidität oder durch sonstige Verhältnisse in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt sind, werden nach gegenseitiger Vereinbarung bezahlt, ebenso Gehilfen in den ersten drei Jahren nach Beendigung ihrer Lehrzeit, wo dann für diese ein Mindestlohn von 40  $\%$  pro Stunde eintritt.
  3. Bei besonders schwer zu schätzenden Vorkarbeiten wird bei genügender Fleiß der Stundenlohn garantiert. Die Säge für einschlägige Arbeiten werden um 10  $\%$  erhöht.
  4. Sonntags-, Nacht- und Ueberarbeit muß nach Möglichkeit vermieden werden. In unvermeidlichen Fällen ist für Sonntagsarbeit 50  $\%$ , für Nachtarbeit 20  $\%$ , für Ueberarbeit 10  $\%$  Zuschlag pro Stunde zu vergüten. Nachtarbeit beginnt um 9 Uhr Abends, Sonntagsarbeit um 12 Uhr Nachts. Ueberstunden beginnen nach vollgearbeiteten 60 Stunden pro Woche bezw. 120 Stunden pro zwei Wochen, wenn eine Versämnis durch eigenes Verschulden herbeigeführt wurde. Freiwillige Ueberarbeit wird mit dem üblichen Stundenlohn bezahlt.
  5. An den Vorabenden vor Weihnachten, Oskern und Pfingsten endet die Arbeit zwei Stunden vor Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit und wird hierfür kein Lohn bezahlt.
  6. Bei auswärtigen Arbeiten werden die entstehenden Unkosten vergütet. Die Fahrzeit wird als Arbeitszeit bezahlt.
  7. Lohn- und Abschlagszahlungen erfolgen in der bisherigen Weise, Kündigung bleibt, wenn nicht vorher ausgeschrieben, bestehen.
  8. Zur Schlichtung von Differenzen wird eine Kommission gebildet von je drei Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
  9. Diese Abmachungen haben auch Gültigkeit für die bei den Schreinermeister beschäftigten Drechsler.
  10. Der Tarif gilt vom 1. November 1904. Derselbe kann nur am Schluß eines jeden Jahres zum 1. April gekündigt werden, andernfalls gilt derselbe als fortlaufend.
- Soweit der Vertrag. Einige in demselben festgelegte recht beherrschbare Bestimmungen sind nicht unseren Kollegen, sondern

einem anderen Umstände zuzuschreiben, auf welchen wir bei nächster Gelegenheit zurückkommen werden.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 19. September wurde nach einem Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen seitens des Kollegen Hartung der Tarif, den gegebenen Umständen Rechnung tragend, gegen eine Stimme anerkannt.

**In dem Kamerawerk Heilbronn-Contheim in Heilbronn** sind in der Schreinerabteilung wiederholt größere Lohnabzüge gemacht worden. Zugug ist fernzuhalten.

**Die Holzarbeiter in der Kölner Waggonfabrik** befinden sich in einer Lohnbewegung. Dazu wird uns von dort folgendes geschrieben:

Die Verkürzung der Arbeitszeit im Kölner Holzarbeiterberuf veranlaßte auch die in den Waggonfabriken beschäftigten Holzarbeiter, dieselbe Forderung zu stellen. Jeder vernünftige Mensch muß sich doch fragen, daß, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt worden ist, diese auch in diesen Betrieben durchgeführt werden muß. Die Arbeiter dieser Betriebe hatten auch alle Veranlassung, eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, um Zustände zu beseitigen, wie sie vor ungefähr anderthalb Jahren vorkamen, wo man Hunderte, zum Teil viele Jahre dort beschäftigte Arbeiter auf Pfaster warf und dem Glend überlieferte, jetzt aber, wo die Geschäftskonjunktur gut ist, Ueberstunden auf Ueberstunden machen läßt, um dann später dasselbe Spiel zu wiederholen. Daß die Organisation solche Zustände aus der Welt zu schaffen vermag, ist selbstverständlich. Deshalb hatte der Holzarbeiterverband auch keine Veranlassung, diesem Vorgehen der Arbeiter in den Waggonfabriken Widerstand entgegenzusetzen. Die Firma van der Hyphen & Charlier erklärte zwar immer, daß sie im Prinzip nichts gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuwenden habe, aber jetzt könne sie konfurrenzhalber sie nicht einführen. Da aber die Arbeiter bei einer Arbeitszeitverkürzung keine Lohnerhöhung fordern, kann dieser Einwand durchaus nicht als berechtigt anerkannt werden. Man möchte eben nach außen hin immer etwas arbeiterfreundlich dastehen, nach der anderen Seite kann man aber das kapitalistische Herz nicht verleugnen.

In Werkstattbesprechungen, die sich mit den nötigen Vorarbeiten beschäftigten, wurde durch geheime Abstimmung der Beschluß gefaßt, die Kündigung einzuziehen. Als letzteres geschehen war, setzte die Firma van der Hyphen & Charlier alle Mittel in Bewegung, um die Arbeiter zu Verrätern an ihrer Sache zu machen. Falsche Gerüchte wurden ausgebreitet, selbst in die Wohnungen wurden Angestellte des Betriebes gesandt, um die Frauen zu veranlassen, den Mann zu bestimmen, daß er die Kündigung zurücknehme. Durch derartige Mittel ließ sich ein beträchtlicher Teil, darunter mehrere Vorarbeiter, dazu bewegen, die Kündigung zurückzuziehen. Während die Arbeiter der Abteilung Ergig sich nicht von den falschen Gerüchten beeinflussen ließen, sondern bis auf einige Vorarbeiter treu zur Sache standen, kamen die Arbeiter der Abteilung Westhus in großen Haufen gelaufen, um die Kündigung zurückzunehmen. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß in letzterem Betrieb vor allem die (zwar noch nicht lange) im Christlichen Holzarbeiterverband organisierten Vorarbeiter und sogar Vertrauensleute zuerst fahnenflüchtig wurden. Dies war das Signal zum allgemeinen Rückzug. Bei einem Teil der Arbeiter hielt jedoch die Firma die Kündigung anrecht, ein anderer Teil zog sie überhaupt nicht zurück. An 70 Holzarbeiter, nur Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, verließen den Betrieb.

Ein Beispiel von Einigkeit und Geschlossenheit zeigten die Arbeiter der Waggonfabrik vorm. Gerbrand & Co. in Ehrenfeld, wo sämtliche Holzarbeiter nach Ablauf ihrer Kündigung in den Ausstand traten zur Erringung der neuinständigen Arbeitszeit. Sie sind fest entschlossen, den Kampf zu führen, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Wenn der Kampf schwer und langwierig werden sollte, so haben sie dieses zum großen Teil der Wachlappigkeit der Deutzer Kollegen zu verdanken. Die Arbeiterchaft möchten wir bitten, die Ehrenfelder Kollegen in diesem Kampf in jeder Beziehung zu unterstützen. Vor allem haltet den Zug fest!

**Aus den Berufen der Holzbranche.**

**Die auf den Hamburger Werften beschäftigten Tischler** hatten sich in folgendem Schreiben an den Verband der Eisenindustriellen gewandt mit dem Ersuchen, möglichst die Nachfeierabends- und Nachtarbeit einzustellen. Das Schreiben lautet:

Hamburg, den 11. August 1904.

An den Verband der Eisenindustrie Hamburgs Gruppe Schiffswerken zu Händen des Herrn S. Blohm

Hamburg. Die heute am 11. August 1904 in Springborns Etablissement tagende Versammlung der auf Werften beschäftigten Tischler, Modelltischler, Stellmacher und Schiffszimmerer erklärt, daß die auf den Werften eingebürgerte lange Arbeitszeit die Arbeiter dem frühzeitigen körperlichen und geistigen Verfall entgegenführt, wenn, wie es vorgekommen, Kollegen 39 Stunden und länger hintereinander ununterbrochen beschäftigt wurden und ein großer Teil von Kollegen wochenlang von Morgens 6 Uhr bis 11 1/2 Uhr Nachts tätig sein müssen, so wird wohl jeder anerkennen, daß hier unumstößliches verlangt wird. Jedenfalls dürfen diese wenigen angeführten Tatsachen genügen, daß Beweismaterial für die übermäßig lange Arbeitszeit auf den Werften in allen Branchen in Fülle vorhanden ist. In der Erwägung, daß eine Industrie nur mit einer gesunden Arbeiterschaft leistungsfähig sein kann, fordert die Versammlung die Einschränkung dieser grenzenlos langen Arbeitszeit und ersucht den Verband der Eisenindustrie Hamburgs, Gruppe Schiffswerken, in ihren Betrieben folgende Bestimmungen, die zum Teil für die Eisenarbeiter schon bestehen, auch für die Holzarbeiter einzuführen:

1. Wenn Arbeiter den Tag und die darauffolgende Nacht gearbeitet haben, so ist am darauffolgenden Tage keine Arbeit zu verrichten, so daß nicht länger als 24 Stunden gearbeitet werden darf.
2. Arbeiter, die Abends bis 11 Uhr oder die halbe Nacht arbeiten, dürfen am darauffolgenden Tage keine Ueberstunden verrichten.

Sollten die Herren Arbeitgeber eine Besprechung angeführter Punkte wünschen, so sind die Unterzeichneten gern bereit, in einer dementsprechenden Sitzung zu erscheinen.

Ihrer gefälligen Antwort entgegengehend, zeichnet im Auftrage der Versammlung

Hochachtungsvoll

(folgen die Namen des Bureaus der Versammlung).

Hierauf ging die folgende Antwort ein:

Hamburg, den 13. September 1904.

An das Bureau der auf Werften beschäftigten Tischler, Modelltischler, Stellmacher und Schiffszimmerer zu Händen des ersten Vorsitzenden Herrn F. Wurmeister Hamburg, Willwärders Reuebeich 199, 1. Et.

Auf Ihr Geheiß vom 11. v. M. teile ich Ihnen im Auftrage der Gruppe Schiffswerken unseres Verbandes ergebenst mit, daß dasselbe den Mitgliebrn dieser Gruppe zur Kenntnisnahme mit der Bitte zugesandt ist, bei etwa vorkommenden Ueberstunden möglichst Ihre Wünsche zu berücksichtigen.

Die eingegangenen Antworten lauten alle zustimmend und wird dabei hervorgehoben, daß in den angeführten Fällen niemals Arbeiter gezwungen worden sind, solange zu arbeiten, sondern daß es sich stets um freiwillige Leistungen gehandelt hat.

Hierdurch betrachten wir diese Angelegenheit als erledigt.

Hochachtungsvoll

gez. Thielkow,

Sekretär des Verbandes der Eisenindustrie.

Da nach dem Schreiben des Verbandes der Eisenindustrie die Nacht- und Nachfeierabendarbeit angeblich eine „freiwillige“ Leistung ist, die Tischler aber kein Interesse an einer freiwilligen Leistung in diesem Sinne, sondern ein größeres für die Verkürzung der Arbeitszeit haben, empfiehlt es sich für sie, die freiwilligen Leistungen nach Feierabend unbedingt einzustellen. In diesem Sinne hat sich auch eine am 23. September stattgefundenen Schiffstischler-Mitglieder-versammlung ausgesprochen.

**Technisches.**

**Roßflecke aus Stahlklingen und Stecheisen und aus jedem beliebigen Stahlgegenstand** kann man dadurch entfernen, daß man die betreffenden Stellen gut mit Graphit (Meißelstift) überstreicht. Auch kann man Roß entfernen, indem man den betreffenden Gegenstand mit Petroleum einsetzt und dann mit Schmirgelpapier abreibt, wozu man anfangs gröberes und dann zum Polieren feineres nimmt.

**Literarisches.**

**Die illustrierte Welt der Erfindungen** im Verlag von Ernst Wiest Nachf. G. m. b. H. in Leipzig (Lieferung 226 bis 236) führt dem Leser die herrlichen Erzeugnisse der Wilbhauererkunst vor. Bildwerke der alten Ägypter, Griechen, Römer, sowie solche aus dem Mittelalter, der Renaissance und aus der neueren und neuesten Zeit die Schöpfungen eines Thorwaldsen und Schadow. Hierauf folgt die Malkunst, welche die Aufmerksamkeit zu fesseln versteht. Der Verfasser läßt nicht nur die Werke der bedeutendsten Maler an unserem geistigen und körperlichen Auge vorbeiziehen, sondern er führt uns auch in die verschiedensten Techniken der edlen Malerei ein und gibt Anhaltspunkte, wie ein Gemälde nach seinem künstlerischen und ästhetischen Wert zu beurteilen sei. Von der Malerei schreiten wir zunächst zu den Musikinstrumenten, deren Bau und besondere Eigenschaften eine eingehende Berücksichtigung erfahren, und wiederum ergänzen vortreffliche Illustrationen das Gesagte. Wir sehen uns auch heute wieder veranlaßt, das vorzügliche Werk unseren Lesern wiederholt aufs wärmste zur Anschaffung zu empfehlen, was anlässlich des billigen Preises (10  $\%$  pro Heft) auch dem Unbemitteltesten ermöglicht wird.

**Briefkasten.**

**Planen.** Lassen Sie sich von den in unserer Zeitung inserierenden Fachschulen Prospekte senden. Wir können Ihnen nicht sagen, welche der Schulen die beste ist.

**„Ariel“.** Sind durch unsere Expedition zu beziehen; wende Dich aber an den „Deutschen Tischlermeister“, Berlin SW., Friedrichstr. 31. Derselbe hat ein Sonderheft herausgegeben, das ausschließlich Ladenrichtungen im modernen Stil enthält.

**Berlin, F. L.** Nachmittags 4 Uhr; später erscheinen kann die Zeitung wegen zu später Einlieferung nicht, denn wir kommen in der Druckerei doch nicht allein in Frage. Das geht hier wie in einem Uhrwerk, wenn eine Zeitung fertig ist mit Satz und Druck, kommt eine andere an die Reihe und zwar zu einer ganz bestimmten Zeit. Danach müssen wir uns richten und — unsere Korrespondenten auch.

**E. W. 188.** Sehen Sie die Schulinserate durch und verlangen Prospekte, dann können Sie selbst wählen.

**Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**

(E. G. 3 in Hamburg.)

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß das in der Generalversammlung in Leipzig veränderte Statut die Genehmigung der hamburgischen Aufsichtsbehörde erhalten hat. Die neuen Bestimmungen und mithin das ganze Statut tritt ab 16. Oktober d. J. in vollem Umfange in Wirksamkeit und machen wir die Ortsverwaltungen hierauf besonders aufmerksam. Man wolle daher auf die Uebergangsbestimmungen achten! Den Ortsverwaltungen werden die nötigen Statutemplare und einige mehr zeitig zugesandt und ersucht der Unterzeichnete, den z. B. kranken Mitgliedern sofort ein Statut nach Eintreffen zu behändigen.

Weitere Bestimmungen auf Protokolle der Generalversammlung können nicht mehr berücksichtigt werden, da die Auflage nach den zeitig eingegangenen Bestellungen aufgegeben werden mußte und die Drucklegung bereits erfolgt ist und in dieser Woche der Versand bereits begonnen hat.

Der Vorstand,

F. A.: G. Blume, Vorsitzender.

**Berksamlungs-Anzeiger.**

**Altona.** Am Mittwoch, den 12. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Christjanen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Antrag der Verwaltung: „Die Zahlstelle Altona mit Hamburg zu vereinigen.“ 2. Beschwerden der Anschläger. 3. Verschiedenes.

**Obin a. Rh.** Sektion der Parkettleger. Sonntag, den 9. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei Herrn Winkfeld, Gerconswall 4.

**Düsseldorf.** Dienstag, 11. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.

**Frankfurt a. Main.** Sektion der Parkettleger. Dienstag, den 11. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8, 2. St., Zimmer 4.

— Sektion der Wagner. Samstag, 16. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8, 2. St., Zimmer 4.

— **Bürstenmacher.** Sonntag, den 16. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kolleg 5.

**Halberstadt.** Sonnabend, 15. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Gerberstr. 15.

**Nienburg.** Sonnabend, den 8. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Henkel, Hinterstraße.

**Anzeigen.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Angermünde.** Die Lokalunterstützung wird jetzt von G. Holzmann, Nichtstr. 6, ausbezahlt. **Etrausberg.** Bedollm. Ernst Müller, Drechsler, Ritterstr. 9. Dasselbst Arbeitsnachweis. **Kasseler Paul Brauer,** Tischler, Rosenstr. 2. Dasselbst Reiseunterstützung von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr. **Nachtlogis in Hans Radanski's Gasthof.**

**Thorn.** Den Kollegen zur Mitteilung, daß wir unser Lokal auf vier Jahre sicher gestellt haben. Die nächste Versammlung findet am 9. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, statt, und werden die Kollegen dringend ersucht, recht pünktlich zu erscheinen.

**Braunschweig.**

Alle Korrespondenzen sind zu richten an das **Verbandsbureau, Gewerkschaftshaus, Werber 82, 2. St.** Gedruckt werktäglich von 9-11 Vormittags und von 4-8 Uhr Nachmittags sowie Sonntags von 11-1 Uhr. Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis ebenfalls.

**Wih. Palada** aus Holland (Buch-Nr. 162 991) wird hiermit ersucht, seine Verpflichtungen betreffs 55 Stück Weitragsmarken zu erledigen. Alle Kollegen, die den Aufenthalt des W. wissen, werden aufgefordert, den Hauptvorstand oder die Zahlstelle Crefeld davon in Kenntnis zu setzen.

**Die Ortsverwaltung Crefeld.**

Kollege **Wilhelm Druck** (Buch-Nr. 106 595), wird gebeten, seine Adresse anzugeben; auch die Verwaltungsbeamten werden um Mitteilung ersucht. **Ortsverwaltung Straßund.**

Um die Adresse des Möbelpolierers **Richard Ulbrich**, geboren 24. 4. 74 zu Gunnersdorf b. Dresden, ersucht bringend (gegen Ertrag der Auslagen) **Emil Schönberger,** Dresden-N., P. 19.

Kollege **Anton Gressh**, gib Deine Adresse dem Kollegen **August Zülle**, bei Mohr, Schreinerstr., Dillingen a. d. Saar.

Kollege **Johannes Priester**, wo steckst Du? Bitte, sende Deine Adresse an **Hans Schneider,** Tischler, Straßund, Wötkerstr. 12.

Ein **Tischler**, 21 Jahr alt, der auf Bau und Möbel arbeiten kann, sucht sofort Stellung. Anfragen an **Paul Schulze, Petrus i. d. Mart.**

**Maschinenmeister**

für Möbelfabrik mit ja. 12 Maschinenarbeitern für baldigst gesucht. Besonders tüchtig muß derselbe im Feilsen sein, umsichtig und imstande sein, Arbeiter vor anzulernen. Bei entsprechender Stellung Lebensstellung. Offerten unter Chiffre **A 156** an die Exp. d. Bl. erbeten.

**Meister oder Vorarbeiter** auf Holzriemscheiben für dauernd gesucht. Offerten unter **H. M. 155** an die Exp. d. Blattes.

**Priebus i. Schl.**

25 bis 30 **Tischler**, sowie 5 **Beizer** auf gute, eigene Möbel werden für sofort vom **Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verb.** gesucht. Näheres d. d. Bedollm. **Brano Benschack.**

4-5 **Tischler** auf dauernde Beschäftigung gesucht. **Gebr. Nannendorf, Möbelfabrik, Born i. Lippe.**

Suche zwei tüchtige **Tischler** auf Diwan-gefelle und Bettstellen bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung.

**W. Schmidt,** mechanische Tischlerei, Halle i. Br., Station Bodenwerder.

**Tüchtige Schreiner** für dauernde Beschäftigung gegen hohen Lohn sofort gesucht. **H. Heisterkamp & Co.,** Baugeschäft, Gladbeck i. Westf.

**Tüchtige Tischler,** speziell auf weiße Möbel, für dauernd gesucht. **H. Schmidts,** Dampfischlerei, Rothwasser, O.-L. i. Schl.

**Tüchtige Büffeltischler**  
finden dauernde, lohnende Stellung bei **Rich. Saalfeld, Möbelfabrik, Helmstedt.**

**Tüchtige Stuhlpolierer** erhalten in einer harter Stuhlfabrik dauernde und lohnende Beschäftigung. Auskunft hierüber erteilt **W. Eicke, St. Andreasberg i. Harz.**

Einige tüchtige **Stuhlbauer** können sofort eintreten bei **S. Funk, Möbelfabrik, Gaildorf i. Württ.**

Mehrere tüchtige **Stuhlbauer**, sowie **Polierer** finden noch dauernde und lohnende Beschäftigung bei **Erzgebirgische Holzindustrie-Aktion-Ges. in Brand bei Freiberg i. Sa.**

**Tüchtige Möbelschreiner** bei gutem Akkordlohn gesucht. **Rüping & Fritz, Möbelfabrik, Coburg.**

Suche per sofort tüchtige **Möbelschreiner** auf furnierte Arbeit, gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung. **K. Bernhardt, Möbelfabrik, Fulda, Biehererweg 13.**

**Tüchtige Möbeltischler,** mächterne, fleißige Leute, am liebsten solche, welche schon auf **Tische** oder **Kleintümel** gearbeitet, erhalten lohnende, dauernde Beschäftigung. **Casseler Tischfabrik, Inh.: Albert Schulz, Cassel.**

**Holzwerkzeugmacher gesucht!** Einige tüchtige **Feinstschleimer** zu sofortigem Eintritt bei gut bezahlter Akkordarbeit gesucht. **Bad. Holzwerkzeugfabrik Oos, Oos b. Baden-Baden.**

Wir suchen ständig tüchtige **Stellmacher** und **Maschinenschreiner** für **Waggobau** für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn. **Waggon-Fabrik A.-G., Herdingen a. Rh.**

**Tüchtiger Drechsler** auf Bett- u. Tischfüße findet dauernde Beschäftigung. **Dampftrieb. Robert Walla, Dassel a. Solling.**

**Gelbte Drechsler** auf **Lärchrückenteile** in dauernde Stellung gesucht. **Welge & Schmidt, Lüdenscheid.**

**Tüchtige Stockdrechsler** suchen zum baldigen Eintritt für dauernd bei hohem Verdienst. **L. Müller & Söhne, Bürgel i. Th., Stockfabrik mit Dampftrieb.**

Ein **Handwerkschneider** gesucht. **Felix Neumann, Magdeburg, Beaumontstr. 16.**

**1 Korbmachergehilfe** auf Geschlagen, sowie etwas **Gestellarbeit**, sofort gesucht. Gute Bezahlung, dauernde Beschäftigung. Nur gute Arbeiter mögen sich melden. **Emil Marschall, Korbfabrikation, Ravensburg i. Württemberg.**

**Tüchtiger, solider, selbständiger Arbeiter** auf Geschlagen und etwas **Gestellarbeit** findet gute, dauernde Stellung. **Albert Oberle, Baden-Baden.**

**1 Korbmachergehülfe** auf **Mattarbeit** sofort gesucht. **Fr. Rüttner, Lübeck, Bahmstr. 35.**

**Korbmacher** Stellarbeiter und Arbeiter auf **Geschlagenes**, welche Lust zur Erlernung der **Gestellarbeit** haben, werden eingestellt. **Adolf Schmidt, Korbmöbelfabrik, Brandenburg a. d. S.**

Einige **Korbmachergehülfe** sofort gesucht. **Fr. Frauenstein, Zeßlin i. Mecklg.**

Ein junger, tüchtiger **Korbmacher** auf **Geschlagen** und **Gestell** gesucht. **J. Schuldt, Korbmacherm., Wärmstedt.**

5 tüchtige **Korbmacher** finden auf **Reise- und Waschekörbe** sofort dauernde und lohnende Arbeit. **Otto Käder, Themar.**

**Junger Bürstenmacher** gesucht. **Bürstenfabrik Mederslostadt (Hessen).**

Suche noch zwei junge **Bürstenmacher-gehilfen.** Dieselben können den Winter bei mir durcharbeiten. **H. Rohwedder, Zondern i. Sch.-Holst.**

**Viel sparen** kann jeder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene

**\* Felsen-Hemd \*** trägt. Bestes **Tricot-Hemd**, fast unzerreißbar, warm — nicht einlaufend  
Brust- oder Achselklüß: mittel groß ganz groß  
Hosen: M. 2,75 3,— 3,25  
Korsetts: 2,20 2,40 2,60  
Vorhersehung ob. Nachn. d. 3 Std. an franko.  
Alleinverkauf: **Gustav Krüdel, Zeitg.**

**Meinel & Gerold,** Harmonikafabrik  
Mankbrunnener-Versand.  
**Klingenthal (Sachl.)**  
Lieferung aller Oboen- u. Klarinetten-  
Hörner in über 120 verschiedenen  
Modellen u. M. 3.50. Oboen u.  
Klarinetten u. M. 4.— an. Dre-  
eckige, Viereckige, Rundbo-  
denige, Bandonions, Clarinetts etc.

**Hoher u. leichter Nebenverdienst.**

Bei hoher Vergütung suche an jedem Ort Herren, welche den Vertrieb hochleg. konkurrenzl. Neu- (ganz vorzügl. Weihnachtartikel) nebenbei übernehmen. Prosp. gratis u. franko an jedermann. **Herm. Wolf, Zwifkau i. Sa., Reichstr. 44.**

**Gustav Otto, Berlin O.,** Ballhofstr. 77.  
Fabrik für **Hobelsäben** und **Tischlerwerkzeuge.**  
Reichhaltiges Lager, billige Preise.  
Ankauf von gebrauchten **Hobel-**  
**säben** und **Werkzeugen** in allen  
größten **Posten.** Nachweise für  
solche **Ankäufe** werden gut bezahlt.

**Tischler-Fachschule Gotha.**  
Gründliche Ausbildung  
zum **Meister, Werkführer, Zeichner.**  
Prospekte gratis.

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule**  
Nürnberg, Erstklassige Lehranstalt.  
Luitpoldstr. 13. Dir. Carl Malbaum.

**Tischler-Fachschule**  
Neustadt i. Meckl.  
Zeichner, Werkführer, Meister.

„Wissen ist Macht!“  
**Tischler,**  
die sich fachlich fortzubilden bestrebt sind,  
abonnieren die reich illustrierte Fachzeitschrift  
**Der Deutsche Tischlermeister**  
Verlag: **Stephan Schmitz, Berlin O., Burgstr. 19a.**  
Bestellungen durch Einzahlung von **M. 2,25** per Post-  
anweisung mit genauer, deutlicher Adressenangabe pro Quartal  
(18 Nummern) nimmt der obige Verlag jederzeit entgegen.

**Anhaltische Bauerschule Zerbst**  
Direction: Prof. Opderbecke.  
Hochbau-, Gleichberechtigung m. d. Kgl. Preuss. Baugewerk-Schulen.  
Steinmetz- und Tiefbautechniker.  
Hilfszeugnisse v. d. Preussisch. u. Anh. Regierung, sowie v. Verb. Deutsch. Baugewerksmeister an- erkannt.  
II. Erlass v. 22. Febr. 1904. Lehrpl. kostenfrei.

**Paul Horn, Hamburg**  
Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36  
**Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch **almahagoni** und **englischgrün**, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flinsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

Verlag: A. Köhler, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg.